

Verkündungsblatt 19|2010

Ausgabedatum 01.11.2010

Inhaltsübersicht

A. Bekanntmachungen nach dem NHG

Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Lehramt an berufsbildenden Schulen
(Berichtigung des Verkündungsblattes 18/2010 vom 07.10.2010) Seite 2

Schließung des Masterstudiengangs Systems Design Seite 39

Satzung der Studierendenschaft der Leibniz Universität Hannover Seite 40

B. Bekanntmachungen nach § 78 Abs. 2 NPersVG

--

C. Hochschulinformationen

--

Die Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Lehramt an berufsbildenden Schulen, zuletzt geändert im Verkündungsblatt 18/2010 vom 07.10.2010, wird nachstehend in berichtigter Fassung erneut bekannt gemacht:

Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Lehramt an berufsbildenden Schulen

Die Fakultät für Architektur und Landschaft, die Fakultät für Elektrotechnik und Informatik, die Fakultät für Maschinenbau, die Fakultät für Mathematik und Physik, die Naturwissenschaftliche Fakultät und die Philosophische Fakultät der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover haben gemäß §§ 7 Abs. 3, 44 Abs. 1 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes die folgende Prüfungsordnung erlassen.

Erster Teil: Bachelorprüfung

§§ 1 – 6 entfallen

Zweiter Teil: Masterprüfung

§ 7 Zweck der Prüfung und Hochschulgrad

(1) ¹Die Masterprüfung bildet einen weiteren berufsqualifizierenden Abschluss des Studiums. ²Durch die Masterprüfung soll festgestellt werden, ob der Prüfling die für den Übergang in die Berufspraxis notwendigen Fachkenntnisse und Handlungskompetenzen erworben hat, die fachlichen Zusammenhänge des Faches überblickt und die Fähigkeit besitzt, nach wissenschaftlichen Grundsätzen selbständig zu arbeiten und wissenschaftliche Erkenntnisse anzuwenden. ³Durch die Masterprüfung soll ferner festgestellt werden, ob der Prüfling die didaktischen und bildungswissenschaftlichen Voraussetzungen für die Aufnahme des Vorbereitungsdienstes für das Lehramt an berufsbildenden Schulen erworben hat.

(2) Nach bestandener Masterprüfung verleiht die Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover den akademischen Grad „Master of Education (M. Ed.)“.

§ 8 Dauer und Gliederung des Studiums

¹Die Regelstudienzeit beträgt zwei Jahre. ²Der Zeitaufwand für das Präsenzstudium und Selbststudium beträgt 120 ECTS-Leistungspunkte (Leistungspunkte) zu je 30 Stunden. ³Das Studium gliedert sich in vier Semester.

§ 9 Aufbau und Inhalt der Prüfung

(1) ¹Die Masterprüfung wird studienbegleitend abgenommen. ²Sie besteht aus den Pflicht- und Wahlpflichtmodulen, die in den Bildungswissenschaften und der Berufs- und Wirtschaftspädagogik nach Anlage A, den beruflichen Fachrichtungen nach Anlage B, dem Unterrichtsfach nach Anlage C und dem Modul Masterarbeit nach Anlage D zu erbringen sind. ³Die den Modulen zugeordneten Lehrveranstaltungen ergeben sich aus dem Modulkatalog bzw. aus dem Vorlesungsverzeichnis.

(2) Das Masterstudium gliedert sich in:

- die berufliche Fachrichtung im Umfang von 42 Leistungspunkten (Anlage B),
- das Unterrichtsfach im Umfang von 28 Leistungspunkten (Anlage C),
- die Bildungswissenschaften und die Berufs- und Wirtschaftspädagogik im Umfang von 30 Leistungspunkten (Anlage A)
- das Modul Masterarbeit im Umfang von 20 Leistungspunkten (Anlage D).

(3) ¹Im Rahmen des Masterstudiums sind in der beruflichen Fachrichtung (Anlage B) ein vierwöchiges schulisches Praktikum und im Unterrichtsfach (Anlage C) ein zweiwöchiges schulisches Praktikum zu absolvieren. ²Mit dem Nachweis der erfolgreich abgeleiteten Praktika werden 3 Leistungspunkte für das Praktikum im Unterrichtsfach und 6 Leistungspunkte für das Praktikum in der beruflichen Fachrichtung vergeben. ³Die Praktika werden im Rahmen eines Moduls mit einer begleitenden Lehrveranstaltung erbracht.

§ 10 Masterarbeit

(1) ¹Das Modul Masterarbeit (Anlage D) besteht aus der Masterarbeit und einer mündlichen Prüfung. ²Die Masterarbeit soll zeigen, dass der Prüfling in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus der gewählten beruflichen Fachrichtung oder dem gewählten Unterrichtsfach oder den Bildungswissenschaften und der Berufs- und Wirtschaftspädagogik selbständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten. ³Thema und Aufgabenstellung der Masterarbeit müssen dem Prüfungszweck (§ 7 Abs. 1) und der Bearbeitungszeit nach Absatz 2 entsprechen. ⁴Für das bestandene Modul Masterarbeit werden 20 Leistungspunkte vergeben. ⁵Wird die Masterarbeit in dem gewählten Unterrichtsfach oder in der gewählten beruflichen Fachrichtung geschrieben, so kann das Thema in der Fachwissenschaft oder in der Fachdidaktik oder in einer Kombination aus Fachwissenschaft und Fachdidaktik gestellt werden.

(2) ¹Die Masterarbeit ist binnen vier Monaten nach der Ausgabe des Themas abzuliefern. ²Bei empirischen oder experimentellen Arbeiten kann auch eine Dauer von sechs Monaten vorgesehen werden. ³Die Arbeit ist in der Regel innerhalb von vier Wochen von zwei Prüfenden zu bewerten. ⁴Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb der ersten zwei Wochen zurückgegeben werden.

(3) Bei der Abgabe der Masterarbeit ist schriftlich zu versichern, dass die Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden, alle Stellen der Arbeit, die wörtlich oder sinngemäß aus anderen Quellen übernommen wurden, als solche kenntlich gemacht sind und die Arbeit in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner Prüfungsbehörde vorgelegen hat.

(4) ¹Die mündliche Prüfung im Rahmen des Moduls Masterarbeit wird von zwei Prüfenden abgenommen. ²Eine oder einer der beiden Prüfenden muss die Fachwissenschaft der gewählten beruflichen Fachrichtung oder des gewählten Unterrichtsfaches vertreten, die oder der zweite Prüfende muss die Didaktik der gewählten beruflichen Fachrichtung oder des gewählten Unterrichtsfaches oder die Bildungswissenschaften (Berufs- und Wirtschaftspädagogik) vertreten. ³Ausnahmsweise können die Prüferin oder der Prüfer auch die Fachdidaktik des Unterrichtsfachs und der beruflichen Fachrichtung vertreten. ⁴In der mündlichen Prüfung soll der Prüfling nachweisen, dass er in der Lage ist, die im Studium erworbenen Kompetenzen systematisch in Bezug zur Schulpraxis zu setzen und über relevante Aspekte seines späteren Berufsfeldes in einen kritisch-diskursiven Dialog treten kann. ⁵An der Prüfung können Vertreterinnen und Vertreter der Schulbehörde, von ihr beauftragten Personen sowie Vertreterinnen und Vertreter der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen und der Katholischen Kirche beobachtend teilnehmen, sie dürfen jedoch keine Prüfungsfragen stellen und nicht an der anschließenden Beratung teilnehmen. ⁶Für die Prüfenden kann die oder der Studierende Vorschläge machen. ⁷Diesen soll nach Möglichkeit entsprochen werden. ⁸Die fächerübergreifende mündliche Prüfung dauert insgesamt ca. 60 Minuten und kann vor oder nach der Masterarbeit abgelegt werden.

§ 11 Bestehen und Nichtbestehen

(1) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn die in § 9 in Verbindung mit den Anlagen genannten Module einschließlich des Moduls „Masterarbeit“ bestanden sind und mindestens 120 Leistungspunkte erworben wurden.

(2) Die Masterprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn die Wiederholung einer nicht bestandenen Prüfungsleistung, die nach § 9 erforderlich ist, gemäß § 16 nicht mehr möglich ist.

Dritter Teil: Gemeinsame Vorschriften

§ 12 Zulassung

(1) ¹Für die Masterprüfung (Prüfung) ist zugelassen, wer in dem betreffenden Studiengang an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover eingeschrieben ist. ²Weitere Zulassungsvoraussetzungen sind den fachspezifischen Anlagen zu entnehmen.

(2) ¹Die Zulassung wird versagt, wenn eine Prüfung in einem Modul, das einem Pflichtmodul dieses Studiengangs vergleichbar ist, in einem bisherigen Studiengang endgültig nicht bestanden wurde. ²Endgültig nicht bestandene Prüfungen in einem Modul, das einem Wahlpflichtmodul entspricht, für den die Zulassung beantragt wird, können in diesem Studiengang nicht wiederholt werden.

(3) ¹Die Zulassung zum Modul Masterarbeit muss gesondert beantragt werden, wobei die Masterarbeit und die mündliche Prüfung unabhängig voneinander angemeldet werden können. ²Die Zulassung zum Modul Masterarbeit (Masterarbeit und mündliche Prüfung) setzt voraus, dass im Rahmen der Masterprüfung mindestens 75 Leistungspunkte erworben wurden und berufspraktische Tätigkeiten im Umfang von 52 Wochen nachgewiesen werden. ³Ist eine Fremdsprache Unterrichtsfach, so ist in einem Land, in dem die Sprache Amtssprache ist, ein dreimonatiger studienrelevanter Auslandsaufenthalt zu absolvieren.

(4) Die Zulassung nach Abs. 3 wird versagt, wenn die Zulassungsvoraussetzungen nicht erfüllt sind.

§ 13 entfällt

§ 14 Studien- und Prüfungsleistungen

(1) Prüfungsleistungen sind Masterarbeiten, sowie die nachstehenden Leistungen:

1. Klausur (Abs. 3),
2. Mündliche Prüfung (Abs. 4),
3. Referat (Abs. 5),
4. Hausarbeiten (Abs. 6),
5. Laborübung (Abs. 7),
6. Seminararbeit (Abs. 8),
7. Projektbericht (Abs. 9)
8. Präsentation (Abs. 10),
9. Sportpraktische Präsentation (Abs. 11),
10. Bestimmungsprüfung, -übung (Abs. 12),
11. Exkursionsbericht (Abs. 13.)
12. Praktikumsbericht (Abs. 14),
13. Testate (Abs. 15)
14. Portfolio (Abs. 16)
15. Vortrag (Abs. 17)
16. Bericht (Abs. 18)
17. Kolloquium (Abs. 19)
18. Essay (Abs. 20)
19. Protokoll (Abs. 21)

(2) ¹Studienleistungen sind insbesondere, Hausübungen, Präsenzübungen, Praktikumsberichte, Klausuren, Vorträge, Referate und Hausarbeiten, die der laufenden Leistungskontrolle dienen. ²Die Studienleistung beinhaltet in der Regel die regelmäßige Teilnahme an der dazugehörigen Lehrveranstaltung. ³Die zu erbringenden Studienleistungen werden in den jeweiligen Modul- und Veranstaltungsbeschreibungen näher erläutert und von den Lehrenden in Absprache mit den Studierenden spätestens mit Beginn der Lehrveranstaltung festgelegt.

(3) ¹Eine Klausur ist eine schriftliche Arbeit unter Aufsicht. ²Die Dauer richtet sich nach den fachspezifischen Anlagen. ³Abweichend von den fachspezifischen Anlagen können Klausuren in begründeten Fällen auch durch mündliche Prüfungen ersetzt werden. ⁴Die Entscheidung darüber trifft die oder der Lehrende.

(4) ¹Die Dauer der mündlichen Prüfungsleistung richtet sich nach den Anlagen. ²Sie findet nichtöffentlich in Gegenwart einer oder eines Beisitzenden statt, die oder der selbst die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzt. ³Die wesentlichen Gegenstände der Prüfungsleistung werden in einem Protokoll festgehalten. ⁴Studierende, die sich in einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sowie andere Mitglieder der Hochschule, die ein eigenes berechtigtes Interesse geltend machen, sind als Zuhörende bei mündlichen Prüfungen zuzulassen. ⁵Dies erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an den Prüfling. ⁶Auf Antrag eines Prüflings sind die Zuhörerinnen und Zuhörer nach Satz 4 auszuschließen.

(5) Ein Referat umfasst:

- a) eine eigenständige und vertiefte, ggf. schriftlich dargestellte Auseinandersetzung mit einem Problem aus dem Arbeitszusammenhang der Lehrveranstaltung unter Einbeziehung und Auswertung einschlägiger Literatur.
- b) die Darstellung der Arbeit und die Vermittlung ihrer Ergebnisse im Vortrag sowie in der anschließenden Diskussion.

(6) ¹Eine Hausarbeit ist eine selbständige verfasste schriftliche Arbeit einer fachspezifischen oder fächerübergreifenden Aufgabenstellung. ²Der Umfang und die Bearbeitungszeit richten sich nach den fachspezifischen Anlagen.

(7) ¹Eine Laborübung besteht aus einer Reihe von praktischen Versuchen oder Programmieraufgaben mit schriftlichen Ausarbeitungen. ²Nach Maßgabe der fachspezifischen Anlagen können eine Mindestanwesenheit und Kurzprüfungen verlangt werden, wobei Abs. 4 nicht für mündliche Kurzprüfungen gilt.

(8) ¹Eine Seminararbeit kann nach näherer Bestimmung der fachspezifischen Anlagen eine experimentelle, dokumentarische oder darstellende wissenschaftlich-praktische Leistung (Projekt) sein. ²Der zeitliche Umfang ist in den fachspezifischen Anlagen geregelt.

(9) Ein Projektbericht umfasst die Darstellung und Reflexion der Konzeption, Planung, Organisation des Projektablaufs und die Darstellung und Reflexion der erzielten Projektergebnisse.

(10) ¹Eine Präsentation umfasst die Aufarbeitung eines vorgegebenen Themas mit Hilfe geeigneter Medien und ggf. eine Darbietung im mündlichen Vortrag. ²Die Dauer des mündlichen Vortrags ist in den fachspezifischen Anlagen geregelt. ³Sieht die Fachspezifische Anlage eine Präsentation mit Ausarbeitung vor, muss eine schriftliche Ausarbeitung die Präsentation ergänzen.

(11) ¹Eine Sportpraktische Präsentation findet vor einer oder einem Prüfenden und einer oder einem sachkundigen Beisitzenden als Einzelprüfung oder Gruppenprüfung statt. ²Die Dauer richtet sich nach den fachspezifischen Anlagen. ³Absatz 4 Sätze 3 bis 6 gelten entsprechend.

(12) ¹Eine Bestimmungsprüfung, -übung ist eine selbstständige Determination von tierischen und pflanzlichen Organismen anhand von Bestimmungsschlüsseln bis zu einem vorgegebenen taxonomischen Niveau. ²Die Bearbeitungszeit bzw. der Umfang ist jeweils in den fachspezifischen Anlagen geregelt.

(13) ¹Ein Exkursionsbericht ist eine schriftliche Ausarbeitung über ein allgemeines oder angewandtes Thema mit Bezug zum Exkursionsraum. ²In den Exkursionsbericht sollen Beobachtungen einfließen und interpretiert werden, welche die Studierenden während der Exkursion gemacht haben.

(14) ¹In einem Praktikumsbericht sollen die Vorbereitung, Durchführung und kritische Reflexion des Praktikums schriftlich dargestellt werden. ²Der Umfang ist in den fachspezifischen Anlagen festgelegt.

(15) ¹Testate können ergänzend zur Bewertung einer Prüfungsleistung herangezogen werden. ²Sie sind genau einer Prüfungsleistung zugeordnet und dienen der studienbegleitenden Kontrolle des Lernfortschritts. ³In die Testatbewertung können Einzelkriterien wie Mindestanwesenheit, Hausübungen oder mündliche bzw. schriftliche Kurzprüfungen eingehen. ⁴Testatbewertungen werden nicht explizit im Zeugnis ausgewiesen, sie gehen nach Maßgabe des oder der Prüfenden in die Bewertung der Prüfungsleistung mit einem Gewicht von max. 25% ein. ⁵Ein Bestehen der Prüfung muss auch ohne Testatbewertung möglich sein. ⁶Erworbene Testatbewertungen können nach Maßgabe des oder der Prüfenden erhalten bleiben, auch wenn die Prüfungsleistung nicht bestanden wurde. ⁷Die Modalitäten zur Durchführung von Testaten und ihre Einbeziehung in die Prüfungsnoten sind von der oder dem zuständigen Prüfenden bis spätestens zu Veranstaltungsbeginn durch Aushang bekannt zu geben.

- (16) ¹Portfolio als Studienleistung ist eine Zusammenstellung von Dokumenten als Lernbiographie mit dem Schwerpunkt der Reflexion. ²Portfolio als Prüfungsleistung ist eine Zusammenstellung von Dokumenten als Lernbiographie mit dem Schwerpunkt der Reflexion. ³In einer Portfolio-Prüfung stellt die oder der Lernende Teile aus dem vorliegenden Portfolio vor und kommentiert diese; die oder der Prüfende kann seinerseits Fragen zu den Inhalten stellen. ⁴Die Prüfung ist dabei kompetenz- und nicht defizitorientiert.
- (17) ¹In einem Vortrag soll der Prüfling nachweisen, dass er in der Lage ist, einen wissenschaftlichen Sachverhalt kurz und präzise darzustellen, und die Fertigkeit beherrscht, in einer wissenschaftlich kritischen Diskussion seinen Standpunkt zu verteidigen. ²Um eine objektive Bewertung zu gewährleisten, muss der Prüfling ein Manuskript des Vortrages vor dem mündlichen Vortrag bei der für den betreffenden Kurs verantwortlichen Dozentin oder dem Dozenten abgeben.
- (18) ¹Ein Bericht ist eine selbständige, vom Umfang begrenzte, wissenschaftliche Arbeit zu einem vorgegebenen Thema. ²Er beinhaltet Aufgabenstellung, Problembehandlung, Ergebnisse und Schlussfolgerung.
- (19) Das Kolloquium dauert ca. 30 Minuten und umfasst eine 20-minütige Präsentation und eine anschließende 10-minütige Diskussion über Fragestellung, Methoden und Ergebnisse der Arbeit.
- (20) ¹Ein Essay ist eine kritische, subjektive Auseinandersetzung mit einer literarischen oder wissenschaftlichen Frage in schriftlicher Form. ²Ein Gegenstand wird im größeren Gesamtzusammenhang entsprechend den üblichen akademischen Standards diskutiert und wissenschaftliche Positionen kritisch beurteilt bzw. analysiert. ³Der Umfang richtet sich nach den Angaben in den Fachspezifischen Anlagen.
- (21) ¹Ein Protokoll ist eine selbständige, vom Umfang begrenzte, wissenschaftliche Arbeit zu einem vorgegebenen Thema. ²Es beinhaltet Aufgabenstellung, Problembehandlung, Ergebnisse und Schlussfolgerung.
- (22) Prüfungs- und Studienleistungen in Form von Gruppenarbeiten sind zulässig, sofern sich die einzelnen Beiträge aufgrund objektiver Kriterien deutlich abgrenzen und getrennt bewerten lassen.
- (23) Bei der Abgabe von schriftlichen Prüfungsleistungen und Teilprüfungsleistungen ist schriftlich zu versichern, dass die Arbeit selbständig verfasst wurde und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden und alle Stellen der Arbeit, die wörtlich oder sinngemäß aus anderen Quellen übernommen wurden, als solche kenntlich gemacht sind.
- (24) Sind in den fachspezifischen Anlagen in einem Modul alternative Prüfungsformen vorgesehen oder kann gem. § 14 Abs. 3 eine Prüfungsform durch eine andere ersetzt werden, muss die Ankündigung der Prüfungsform spätestens zum Beginn der Meldefrist erfolgen.

§ 15 Anmeldung

Für jede Prüfungsleistung ist innerhalb des vom Prüfungsausschuss festgesetzten Zeitraums eine gesonderte Anmeldung erforderlich.

§ 16 Wiederholung

- (1) ¹Bestandene Prüfungsleistungen können nicht wiederholt werden. ²Eine nicht bestandene Prüfungsleistung kann zweimal wiederholt werden. ³Die Anmeldung zur Wiederholung einer nicht bestandenen Prüfungsleistung muss innerhalb eines Jahres erfolgen. ⁴Ansonsten gilt die Wiederholungsprüfung als mit „nicht ausreichend“ bewertet. ⁵Eine nicht bestandene Prüfungsleistung kann nach Wahl der oder des Prüfenden auch in einer anderen Prüfungsform gem. § 14 wiederholt werden; im Übrigen gilt § 14 Abs. 24 entsprechend.
- (2) ¹Eine nicht bestandene Masterarbeit oder die mündliche Prüfung im Modul Masterarbeit kann einmal wiederholt werden. ²Das neue Thema der Masterarbeit wird in angemessener Frist, in der Regel innerhalb von drei Monaten nach Bewertung der ersten Arbeit, ausgegeben. ³Für die Wiederholung der mündlichen Prüfung gilt Abs. 1 Satz 3 entsprechend.
- (3) ¹In der letzten Wiederholungsprüfung darf für eine Klausur nach § 14 Abs. 1 die Note "nicht ausreichend" nur nach mündlicher Ergänzungsprüfung erteilt werden. ²Diese mündliche Ergänzungsprüfung wird von zwei Prüfenden abgenommen; im Übrigen gilt § 14 Abs. 4 entsprechend. ³Nach mündlicher Ergänzungsprüfung kann maximal die Note "ausreichend (4,0)" vergeben werden. ⁴Die mündliche Ergänzungsprüfung bezieht sich auf die gleiche Thematik, die in der vorausgegangenen Prüfung mit „nicht ausreichend“ bewertet wurde und findet in dem Semester die vorausgegangene Wiederholungsprüfung mit „nicht ausreichend“ bewertet

wurde. ⁵Die Dauer der mündlichen Ergänzungsprüfung beträgt in der Regel 15 Minuten. ⁶Die mündliche Ergänzungsprüfung ist ausgeschlossen, wenn für die Bewertung der Klausur §§ 17 und 18 Anwendung fanden.

§ 17 Versäumnis, Rücktritt

(1) ¹Der Rücktritt von einer Anmeldung zu einer Klausur kann bis zum Beginn der Prüfung erfolgen. ²Das Nichterscheinen zu einem festgesetzten Klausurprüfungstermin wird als Rücktritt gewertet. ³Der Rücktritt von einer mündlichen Prüfung muss spätestens eine Woche vor dem Prüfungstermin gegenüber der zuständigen Prüferin oder dem zuständigen Prüfer erklärt werden. ⁴Der Rücktritt nach den Sätzen 1 bis 3 ist ohne Angabe von Gründen zulässig.

(2) ¹Bei Versäumnis eines festgesetzten Abgabetermins oder bei Rücktritt von einer Prüfungsleistung entgegen Absatz 1 gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit "nicht ausreichend" bewertet. ²Abweichend hiervon gilt die Prüfungsleistung als nicht unternommen, wenn für das Versäumnis oder den Rücktritt triftige Gründe unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. ³Im Krankheitsfall ist ein fachärztliches oder amtsärztliches Attest vorzulegen. ⁴Die Entscheidung über die Anerkennung der triftigen Gründe trifft der Prüfungsausschuss. ⁵In Fällen, in denen der Abgabetermin aus triftigen Gründen nicht eingehalten werden kann, kann der Prüfungsausschuss entscheiden, dass lediglich der Abgabetermin für die Prüfungsleistung um höchstens zwei Wochen hinausgeschoben wird, ohne dass die Prüfungsleistung als nicht unternommen gilt. ⁶Darüber hinaus kann der Prüfungsausschuss in begründeten Einzelfällen den Abgabetermin weiter hinausschieben.

(3) Der Rücktritt von einer Wiederholungsprüfung ist nur aus triftigen Gründen zulässig.

§ 18 Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) ¹Beim Versuch, das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Täuschung zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit "nicht ausreichend" bewertet. ²Das Mitführen nicht zugelassener Hilfsmittel nach Klausurbeginn ist stets ein Täuschungsversuch.

(2) Wer sich eines Ordnungsverstoßes schuldig macht, kann von der Fortsetzung der betreffenden Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit "nicht ausreichend" bewertet.

§ 19 Bewertung und Notenbildung

(1) ¹Prüfungsleistungen werden von den Prüfenden in der Regel binnen vier Wochen bewertet. ²Prüfungsleistungen werden in der Regel benotet. ³Unbenotete Prüfungsleistungen werden mit "bestanden" oder "nicht bestanden" bewertet. ⁴Dabei sind folgende Notenstufen zu verwenden:

1,0; 1,3 = sehr gut = eine besonders hervorragende Leistung,

1,7; 2,0; 2,3 = gut = eine erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung,

2,7; 3,0; 3,3 = befriedigend = eine Leistung, die in jeder Hinsicht den durchschnittlichen Anforderungen entspricht,

3,7; 4,0 = ausreichend = eine Leistung, die trotz ihrer Mängel den Mindestanforderungen entspricht,

5,0 = nicht ausreichend = eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

⁵Eine mit „nicht ausreichend“ bewertete Prüfungsleistung ist „nicht bestanden“.

(2) ¹Wird eine Prüfungsleistung durch zwei Prüfende bewertet, ist sie bestanden, wenn beide die Prüfungsleistung mit mindestens "ausreichend" oder "bestanden" bewerten. ²Die Note errechnet sich in diesem Fall aus dem Durchschnitt der von den Prüfenden festgesetzten Einzelnoten.

(3) ¹Die Gesamtnote der Masterprüfung errechnet sich als arithmetisches Mittel der Gesamtnoten der beruflichen Fachrichtung nach Anlage B, des Unterrichtsfaches nach Anlage C, der Bildungswissenschaften und der Berufs- und Wirtschaftspädagogik nach Anlage A und des Moduls Masterarbeit nach Anlage D. ²Dabei werden die in der Anlage aufgeführten Leistungspunkte als Gewichte verwendet. ³Die Gesamtnote lautet

bei einem Durchschnitt bis 1,5 sehr gut,
 bei einem Durchschnitt über 1,5 bis 2,5 gut,
 bei einem Durchschnitt über 2,5 bis 3,5 befriedigend,
 bei einem Durchschnitt über 3,5 bis 4,0 ausreichend,
 bei einem Durchschnitt über 4,0 nicht ausreichend.

(4) ¹Die Gesamtnoten der beruflichen Fachrichtung, des Unterrichtsfaches sowie der Bildungswissenschaften und der Berufs- und Wirtschaftspädagogik errechnen sich jeweils als arithmetische Mittel aller Noten der zugehörigen Module. ²Dabei werden die in den fachspezifischen Anlagen aufgeführten Leistungspunkte als Gewichte verwendet. ³Bei der Berechnung der jeweiligen Gesamtnote dürfen nur die Noten der Pflicht- und Wahlpflichtmodule in die Note eingehen, die für das Erreichen der Leistungspunkte nach § 9 Abs. 2 erforderlich sind. ⁴Soweit sich durch die Wahl des letzten Moduls, das zum Erreichen der nach § 9 Abs. 2 erforderlichen Leistungspunkte notwendig ist, eine geringfügige Überschreitung dieser Punktezahl ergibt, werden die Module bei der Berechnung der Gesamtnote einbezogen.

(5) Bei der Bildung der Note nach den Absätzen 2 bis 4 wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

(6) ¹Zusätzlich zu der Gesamtnote wird für die erfolgreichen Studierenden eine Bewertung entsprechend der ECTS-Bewertungsskala ausgewiesen. ²Die ECTS-Note lautet

für die besten 10%	A
für die nächsten 25%	B
für die nächsten 30%	C
für die nächsten 25%	D
für die nächsten 10%	E.

§ 20 Leistungspunkte und Module

(1) Die in den Anlagen aufgeführten Leistungspunkte werden vergeben, wenn die geforderten Prüfungsleistungen bestanden und die zugehörigen Studienleistungen erbracht wurden.

(2) ¹Ein Modul ist nach Erwerb aller in der jeweiligen Anlage genannten Leistungspunkte bestanden. ²Die Modulnote wird gemäß § 19 Abs. 3 aus den Noten der im Rahmen des Moduls bestandenen benoteten Prüfungsleistungen gebildet.

§ 21 Zusatzprüfungen

(1) ¹Studierende können sich weiteren als den für die Erreichung der Mindestleistungspunktzahl erforderlichen Prüfungs- und Studienleistungen unterziehen (Zusatzprüfungen). ²Die Ergebnisse dieser Zusatzprüfungen werden auf Antrag in die Bescheinigungen gemäß § 24 aufgenommen, jedoch bei der Festsetzung der Gesamtnote nicht mit einbezogen.

§ 22 Anrechnung

(1) ¹Bestandene und nicht bestandene Prüfungs- und Studienleistungen, die im Inland oder Ausland unternommen wurden, werden angerechnet, wenn die Institution, an der die Prüfungs- bzw. Studienleistung unternommen wurde, einer deutschen Hochschule gleichsteht und die auswärtige Leistung nach Umfang und Inhalt im wesentlichen der Prüfungs- bzw. Studienleistung entspricht, für die eine Anrechnung begehrt wird oder wenn die Anrechnung von Amts wegen erfolgt. ²Im Zweifel sind Stellungnahmen der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen bzw. der Prüferin oder des Prüfers einzuholen. ³Außerhalb des Studiums erbrachte berufspraktische Leistungen werden angerechnet, wenn sie gleichwertig sind.

(2) ¹Für angerechnete Prüfungsleistungen werden die Noten übernommen oder bei abweichender Notenskala umgerechnet, die darauf entfallenden Studienzeiten angerechnet und gegebenenfalls Leistungspunkte entsprechend der Anlage 1 vergeben. ²Ist eine Notenumrechnung nicht möglich, bleibt die Prüfungsleistung unbenotet; dies gilt insbesondere im Fall des Abs. 1 Satz 3. ³Die Anrechnung wird im Zeugnis gekennzeichnet.

(3) ¹Prüfungs- und Studienleistungen im Masterstudiengang, die außerhalb der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover erbracht wurden, werden im Umfang von zusammen höchstens 80 Leistungspunkten der nach § 9 erforderlichen Leistungspunkte angerechnet. ²Über Ausnahmen entscheidet auf Antrag das nach dieser Prüfungsordnung zuständige Organ. ³Eine außerhalb der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover erbrachte Masterarbeit wird nicht angerechnet.

(4) ¹Ein einschlägiges an einer Hochschule abgeschlossenes Studium kann auf die fachwissenschaftlichen Module der beruflichen Fachrichtungen Elektrotechnik oder Metalltechnik angerechnet werden. ²Die im Zeugnis des ersten Studiums ausgewiesene Abschlussnote wird zur Berechnung der Gesamtnote nach § 19 Abs. 3 für die angerechneten Prüfungsleistungen übernommen.

§ 23 Einsicht in die Prüfungsakten

(1) ¹Nach Abschluss der Prüfung wird den Studierenden auf Antrag Einsicht in die vollständigen Prüfungsakten gewährt. ²Der Antrag ist spätestens binnen eines Jahres nach Aushändigung des Zeugnisses oder des Bescheides über die endgültig nicht bestandene Prüfung zu stellen.

§ 24 Zeugnisse und Bescheinigungen

(1) ¹Über die bestandene Prüfung wird unverzüglich ein Zeugnis ausgestellt, das die Module und deren Noten, die Arbeit und deren Note sowie die Gesamtnote der Prüfung und die erworbenen Leistungspunkte enthält. ²Dem Zeugnis wird ein Verzeichnis der bestandenen Module (einschließlich der Masterarbeit) beigelegt. ³Das Verzeichnis beinhaltet die zugeordneten Lehrveranstaltungen und Leistungspunkte sowie die Benotung oder Bewertung der Prüfungsleistungen. ⁴Alle Noten werden zugleich als Dezimalzahl ausgewiesen. ⁵Das Datum des Zeugnisses ist der Tag, an dem die Prüfung bestanden wurde. ⁶Mit gleichem Datum wird eine Urkunde über den verliehenen akademischen Grad und ein Diploma Supplement ausgestellt.

(2) Über nicht bestandene Prüfungsleistungen und die endgültig nicht bestandene Prüfung ergeht ein schriftlicher Bescheid.

(3) ¹In den Fällen der Abs. 1 und 2, 2. Alternative sowie bei anderweitigem Ausscheiden aus dem betreffenden Studiengang an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover wird auf Antrag eine Bescheinigung ausgestellt, welche die bestandenen Prüfungsleistungen, deren Bewertungen und die dafür vergebenen Leistungspunkte aufführt. ²Im Fall des Abs. 2, 2. Alternative weist die Bescheinigung darauf hin, dass die Prüfung endgültig nicht bestanden ist.

(4) Alle Zeugnisse, Urkunden und Bescheinigungen werden in deutscher und in englischer Sprache ausgestellt.

§ 25 Prüfungsausschuss

(1) ¹Für die Organisation der Prüfungen und zur Wahrnehmung der Aufgaben nach dieser Prüfungsordnung wird aus Mitgliedern der am Studiengang beteiligten Fakultäten ein Prüfungsausschuss gebildet. ²Über die Zusammensetzung entscheiden die am Studiengang beteiligten Fakultäten. ³Dem Prüfungsausschuss gehören fünf Mitglieder an, und zwar drei Mitglieder, welche die Hochschullehrergruppe vertreten, ein Mitglied, das die Mitarbeitergruppe vertritt und in der Lehre tätig ist, sowie ein Mitglied der Studierendengruppe. ⁴Der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz müssen von Mitgliedern der Hochschullehrergruppe ausgeübt werden; sie und die weiteren Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie deren Vertretungen werden durch die jeweiligen Gruppenvertretungen der am Studiengang beteiligten Fakultäten gewählt. ⁵Das studentische Mitglied hat bei der Bewertung und Anrechnung von Prüfungsleistungen nur beratende Stimme. ⁶Die Studiendekaninnen und Studiendekane der am Studiengang beteiligten Fakultäten können mit beratender Stimme an den Sitzungen des Prüfungsausschusses teilnehmen.

(2) ¹Der Prüfungsausschuss fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. ²Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, soweit die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.

(3) ¹Der Prüfungsausschuss kann sich eine Geschäftsordnung geben. ²Über die Sitzungen des Prüfungsausschusses wird eine Niederschrift geführt. ³In dieser sind die wesentlichen Gegenstände der Erörterung und die Beschlüsse des Prüfungsausschusses festzuhalten.

(4) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, an der Abnahme der Prüfungen beobachtend teilzunehmen.

(5) ¹Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. ²Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und deren Vertretungen unterliegen der Amtsverschwiegenheit. ³Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(6) ¹Der Prüfungsausschuss kann Befugnisse widerruflich auf den Vorsitz und den stellvertretenden Vorsitz übertragen. ²Der Prüfungsausschuss kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben einer von ihm beauftragten Stelle bedienen. ³Die oder der Vorsitzende bereitet die Beschlüsse des Prüfungsausschusses vor, führt sie aus und berichtet dem Prüfungsausschuss laufend über diese Tätigkeit.

(7) ¹Alle zur selbständigen Lehre befugten Personen der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover sind ohne besondere Bestellung Prüfende. ²(Abs. 5 Satz 3 gilt entsprechend.) ³Der Prüfungsausschuss kann weitere Prüfende bestellen, sofern diese mindestens die durch die Prüfung festzustellende Qualifikation besitzen.

(8) Der Prüfungsausschuss ermöglicht Studierenden, die eine länger andauernde Behinderung durch amts- oder fachärztliches Attest nachweisen, Prüfungsleistungen in gleichwertiger anderer Form, zu anderen Terminen oder innerhalb anderen Fristen zu erbringen.

§ 26 Verfahrensvorschriften

(1) ¹Die allgemeinen Bestimmungen des Verwaltungsrechts sowie die gesetzlichen Regelungen zu Mutterschutz und Elternzeit finden im Prüfungsverfahren sinngemäß Anwendung. ²Belastende Verwaltungsakte sind schriftlich zu begründen, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und bekannt zu geben. ³Gegen Entscheidungen, denen die Bewertung einer Prüfungsleistung zu Grunde liegt, kann binnen eines Monats nach Zugang des Bescheids Widerspruch eingelegt werden.

(2) ¹Bringt der Prüfling in seinem Widerspruch konkret und substantiiert Einwendungen gegen fachliche Bewertungen einer oder eines Prüfenden vor, leitet der Prüfungsausschuss den Widerspruch dieser oder diesem Prüfenden zur Überprüfung zu. ²Ändert die oder der Prüfende die Bewertung antragsgemäß, so hilft der Prüfungsausschuss dem Widerspruch ab. ³Andernfalls überprüft der Prüfungsausschuss die Entscheidung aufgrund der Stellungnahme der oder des Prüfenden insbesondere darauf, ob

1. das Prüfungsverfahren ordnungsgemäß durchgeführt worden ist,
2. bei der Bewertung von einem falschen Sachverhalt ausgegangen worden ist,
3. allgemein gültige Bewertungsgrundsätze nicht beachtet worden sind,
4. eine vertretbare und mit gewichtigen Argumenten folgerichtig begründete Lösung als falsch bewertet worden ist, oder ob
5. sich die oder der Prüfende von sachfremden Erwägungen hat leiten lassen.

⁴Entsprechendes gilt, wenn sich der Widerspruch gegen die Bewertung durch mehrere Prüfende richtet.

(3) ¹Über den Widerspruch soll innerhalb eines Monats entschieden werden.

(4) ¹Das Widerspruchsverfahren darf nicht zur Verschlechterung der Prüfungsnote führen.

Vierter Teil: Schlussvorschriften

§ 27 Inkrafttreten

Diese Prüfungsordnung tritt nach Genehmigung durch das Präsidium am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover in Kraft.

§ 28 Übergangsvorschriften

(1) Die Prüfungsordnung gilt für alle Studierenden, die ab dem Wintersemester 2009/2010 ihr Studium in diesem Studiengang aufgenommen haben oder in die Prüfungsordnung vom 18.09.2009 gewechselt haben.

(2) Studierende, die vor dem Wintersemester 2009/2010 ihr Studium in diesem Studiengang aufgenommen haben, studieren weiter nach der Prüfungsordnung vom 27.06.2008 in ihrer letzten Änderungsfassung und den entsprechenden fachspezifischen Anlagen.

(3) ¹Auf Antrag und mit Zustimmung des Prüfungsausschusses ist ein Wechsel in diese Prüfungsordnung möglich. ²Ein Wechsel in die neue Prüfungsordnung kann nur einheitlich für alle gewählten Fächer erfolgen. ³Eventuell durch den Wechsel entstehende Härtefälle können im Rahmen von Einzelfallentscheidungen des Prüfungsausschusses ausgeglichen werden.

(4) Für Studierende, die vor dem Wintersemester 2009/2010 ihr Studium aufgenommen haben und auf Antrag in diese Prüfungsordnung wechseln, gilt für die Dauer der Regelstudienzeit nach § 8:

Die Wiederholung einer im 1. Prüfungsversuch bestandenen Modulprüfung zur Notenverbesserung ist nur einmal und nur in je einem Modul der beruflichen Fachrichtung, des Unterrichtsfachs und der Berufs- und Wirtschaftspädagogik zulässig. Es zählt das jeweils bessere Ergebnis. Das Verfahren der Notenverbesserung gilt nicht für das Modul Masterarbeit.

Verzeichnis der Anlagen

A: Bildungswissenschaften und Berufs- und Wirtschaftspädagogik

B: Berufliche Fachrichtungen

1. Bautechnik
2. Elektrotechnik
3. Farbtechnik und Raumtechnik
4. Holztechnik
5. Lebensmittelwissenschaft
6. Metalltechnik
7. Ökotrophologie

C: Unterrichtsfächer

1. Biologie
2. Chemie
3. Deutsch
4. Englisch
5. Evangelische Religion
6. Katholische Religion
7. Mathematik
8. Physik
9. Politik
10. Sonderpädagogik an berufsbildenden Schulen
11. Sport

D: Modul Masterarbeit

E: Glossar

A: Bildungswissenschaften und Berufs- und Wirtschaftspädagogik

A1. Pflichtmodule

Die Prüfungsleistung eines Moduls kann erst erbracht werden, wenn alle dem Modul zugeordneten Lehrveranstaltungen besucht sind.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Mastermodul 1: Pädagogische, psychologische, soziologische Aspekte beruflichen Lehrens und Lernens	Pädagogische Psychologie im Handlungsfeld von beruflichem Lehren und Lernen	1		Studienleistung	M 20	12
	Didaktische Theorien und Konzepte zur Gestaltung beruflicher Lehr- und Lernprozesse			Studienleistung		
	Methoden und Medien zur Gestaltung beruflicher Lehr- und Lernprozesse			Studienleistung		
	Aspekte der Professionalisierung von Lehrkräften in der beruflichen Aus- und Weiterbildung			Studienleistung		
Mastermodul 2: Funktionen und Strukturen im System beruflicher Aus- und Weiterbildung	Historische, organisatorische, curriculare und rechtliche Aspekte der schulischen und betrieblichen Aus- und Weiterbildung	1		Studienleistung	M 20	9
	Nationale und internationale Entwicklungen in der schulischen und außerschulischen beruflichen Aus- und Weiterbildung			Studienleistung		
	Förderpädagogische Aspekte beruflichen Lehrens und Lernens			Studienleistung		
Mastermodul 3: Innovationen im System der beruflichen Aus- und Weiterbildung	Qualitätssicherung und Entwicklung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung	1		Studienleistung	M 20	9
	Reformansätze der beruflichen Aus- und Weiterbildung			Studienleistung		
	Themen und Methoden aktueller Berufsbildungsforschung			Studienleistung		
Summe						30

B: Berufliche Fachrichtung**1. Bautechnik****1.1 Pflichtmodule**

Laborübungen können sich nach Maßgabe der Lehrveranstaltungsankündigungen oder Modulbeschreibungen aus mehreren Teilprüfungsleistungen zusammensetzen. Die bzw. der Lehrende legt dies zu Beginn des Semesters fest.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Fertigungstechnik II		2		S 50, Baustellenexkursion eintägig	K 120 h	5
Fachdidaktik II		3		Hausarbeit und Referent Seminararbeit	M 30 min oder PR 30 min	6
Bauschäden		3		Präsentation 30 min, Hausarbeit 30 h		4
Begleitseminar Fachpraktikum		3		Seminararbeit	PB 50 h	8
Fachdidaktik III		4		Seminararbeit	M 30 min oder PR 30 min	4
Konstruktion und Technik V	Baustoffe 2	4			Mehrere L	6
	Baukonstruktion 4				HA 50 h, PR 30 min	
Summe						33

1.2. Wahlpflichtmodule

Eines der Module ist zu wählen.

Zeichnungen können sich nach Maßgabe der Lehrveranstaltungsankündigungen oder Modulbeschreibungen aus mehreren Teilprüfungsleistungen zusammensetzen. Die bzw. der Lehrende legt dies zu Beginn des Semesters fest.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
CAAD und Kommunikation	CAAD 2	1			Zeichnungen	9
	Konzeption, Kommunikation, Präsentation	2			HA 80 h	
Projektmanagement	Ökonomie	2			HA 20 h	9
	Kostenplanung				HA 20 h	
	Projektsteuerung				HA 20 h	
	Bewertung von Gebäuden				HA 20 h	

B: Berufliche Fachrichtung

2. Elektrotechnik

2.1. Pflichtmodule

Die Zuordnung einzelner Lehrveranstaltungen zu den Modulen regelt der Kompetenzbereiche- und Modulkatalog (KuMoK) und das Vorlesungsverzeichnis für die Studiengänge in den Bereichen Elektrotechnik und Informationstechnik. Den Modulbeschreibungen sind Details über Qualifikationsziele, Lehrinhalte, -formen etc. der Module zu entnehmen.

Grundlage für alle Module: regelmäßige Teilnahme. Die Studienleistungen werden jeweils von der oder dem Modulverantwortlichen festgelegt. Sie sind im Modulkatalog in Verbindung mit den Lehrveranstaltungsankündigungen beschrieben.

Die Klausurdauer beträgt in der Regel 25 Minuten pro Leistungspunkt. Näheres regelt der Kurs- und Modulkatalog.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Regelungstechnik	Vorlesung Regelungstechnik 1	1. Semester		Studienleistung	K oder M	4
	Übung zur Regelungstechnik 1					
Steuerungstechnik	Vorlesung Industrielle Steuerungstechnik	2. Semester		Studienleistung	K oder M	4
	Übung zur Industriellen Steuerungstechnik					
Energietechnik für Lehrkräfte	Seminar Energietechnik 1 für Lehrkräfte	1. Semester			K oder M	3
	Seminar Energietechnik 2 für Lehrkräfte	2. Semester			K oder M	3
Kommunikationstechnik für Lehrkräfte	Vorlesung Kommunikationstechnik 1 für Lehrkräfte	1. Semester			K oder M	3
	Vorlesung Kommunikationstechnik 2 für Lehrkräfte	2. Semester			K oder M	3
Fachdidaktische Praxis	Fachdidaktisches Experimentierlabor	2. Semester	.	Studienleistung		8
	Fachdidaktisches Projekt incl. Fachpraktikum	3. Semester		Studienleistung und Schulpraktikum	M	
Summe						28

2.2. Wahlpflichtmodule

Im Wahlpflichtbereich wählen die Studierenden einen fachlichen Vertiefungsschwerpunkt, dem sie nach Maßgabe des Kompetenzbereiche- und Modulkatalogs zwei aufeinander aufbauende Lehrveranstaltungen und ein affines Labor zuordnen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Automatisierungstechnik oder Energietechnik	Vorlesung 1 zum gewählten Vertiefungsschwerpunkt	3. Semester		Studienleistung	K oder M	14
	Übung zur Vorlesung 1 2 p des Vertiefungsschwerpunkts					
Mikroelektronik oder Nachrichtentechnik	Vorlesung 2 zum gewählten Vertiefungsschwerpunkt	4. Semester		Studienleistung	K oder M	
	Übung zur Vorlesung 2 des Vertiefungsschwerpunkts					
Technische Informatik	Oberstufenlabor zum gewählten Vertiefungsschwerpunkt	4. Semester		Laborübung		

B: Berufliche Fachrichtung

3. Farbtechnik und Raumgestaltung

3.1. Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Gestaltungstechnik I		1		Praktische Übungen	PR 30 min (33%), K 90 min (67%)	5
Gestaltungstechnik II		2		Praktische Übungen	PR 30 min und PR 60 min	5
Beschichtungs- und Belegetechnik II		2		Praktische Übungen, Protokolle, 2 K à 45 min	PR 30 min (33%), S 80 h (67%)	6
Gestaltungstechnik III		3		Referat, Praktische Übungen	K 60 min (67%), Projektvorstellung 20 min (33%)	4
Fachdidaktik II		3		Hausarbeit und Referat oder Seminararbeit	M 30 min oder PR 30 min	6
Begleitseminar Fachpraktikum		3		Seminararbeit	PB 50 h	8
Fachdidaktik III		4		Seminararbeit	M 30 min oder PR 30 min	4
Summe						38

3.2. Wahlpflichtmodule

Eines der Module ist zu wählen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzung für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Betriebsplanung und -organisation		2		Laborübungen, Hausarbeit	K 120 min oder PR 30 min	4
Bauschäden		3		Präsentation 30 min, Hausarbeit 30 h	HA 10	4

B: Berufliche Fachrichtung

4. Holztechnik

4.1. Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Fertigungstechnik III		2			HA 30 h od Präsentation 30 min od. K 90 min od. M 20 min	5
Bau- und Möbelgestaltung		2		Hausarbeit	M 30 min oder PR 30 min	5
Betriebsplanung und -organisation		3		Laborübungen, Hausarbeit	K 120 min oder PR 30 min	5
Bauschäden		3		Präsentation 30 min, Hausarbeit 30 h		4
Fachdidaktik II		3		Hausarbeit und Referat oder Seminararbeit	M 30 min oder PR 30 min	6
Begleitseminar Fachpraktikum		3		Hausarbeit	PB 50 h	8
Fachdidaktik III		4		Seminararbeit	M 30 min oder PR 30 min	4
Summe						37

4.2. Wahlpflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Gestaltungstechnik I		1		Praktische Übungen	PR 30 min (33%), K 90 min (67%)	5
Konstruktion und Technik IV	Fassadenkonstruktionen	1 od. 2			Schriftliche Ausarbeitung und mündliche Präsentation einer Beschreibung, Analyse und Kommentierung einer ausgewählten Position aus dem Themenkatalog	3
	Baukonstruktion 3	1 od. 2			Ergebnisse der Praktischen Übungen	2

B: Berufliche Fachrichtung
5. Lebensmittelwissenschaft
5.1 Pflichtmodule

Abkürzungen zu den Veranstaltungen: V = Vorlesung, P = Praktikum, S = Seminar, Ü = Übung

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
L 19 Lebensmittelsicherheit	A) Qualitätsmanagement und Monitoring (V)	ab 1. / einsemestrig			K 120 min oder M ca. 20 min oder R oder HA	5
	B) Experimentalseminar (S)					
L 20 Getränke-technologie und -sensorik	A) Getränketechnologie und -sensorik (S)	ab 1. / einsemestrig			R	6
	B) Experimentalseminar Getränkesensorik (S)					
L 21 Lebensmittelrecht und Verbraucherschutz	A) Vorlesung	ab 1. / einsemestrig			K 120 min oder M ca. 20 min oder R oder HA	4
	B) Übung					
L 22 Marketing für Lebensmittelwissenschaft und Ökotrophologie	A) Grundlagen von Marketingkonzeptionen (S)	ab 2. / einsemestrig			K 120 min oder M ca. 20 min oder R oder HA	5
	B) Exkursion und Übungen zu speziellen Marketingkonzeptionen					
L 23 Spezielle Humanernährung	A) Pathophysiologie und Pathobiochemie ernährungsassoziierter Erkrankungen (V)	ab 2. / einsemestrig			K 120 min oder M ca. 20 min oder R oder HA	6
	B) Einführung in Pharmakologie und Toxikologie (S)					
	C) Ernährung in Prävention und Therapie (S)					
L 24 Berufsfelddidaktik 1: Schulpraktische Studien	A) Vorbereitung des 2. Schulpraktikums (S)	ab 1. / einsemestrig			PB	6
	B) Durchführung des 2. Schulpraktikums (P)	4 Wochen				
L 25 Berufsfelddidaktik 2: Schulische Praxis	A) Nachbereitung des 2. Schulpraktikums (S)	ab 2. / einsemestrig			K 120 min oder M ca. 20 min oder R oder HA	5
	B) Spezielle Fragen der Fachdidaktik und Methodik (S)					
Summe						37

5.2. Wahlpflichtmodule

Eines der Module ist zu wählen.

Abkürzungen zu den Veranstaltungen: V = Vorlesung, P = Praktikum, S = Seminar

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
L 26 Technik und Ökologie in der Großküche	A) Technische und ökologische Grundlagen (V) B) Experimentalseminar (S)	ab 1. / einsemestrig			B	5
L 27 Spezielle Lebensmitteltechnologie: Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung	A) Theorie Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung (V) B) Experimentalseminar Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung (S)	ab 2. / einsemestrig			B	5
L 28 Planung, Durchführung und Auswertung von Humanstudien mit Lebensmitteln	A) Seminar B) Experimentalseminar Humanstudien (S)	ab 1. / einsemestrig			B	5
L 29 Spezielle Lebensmitteltechnologie: Fleischtechnologie	A) Theorie Fleischtechnik (S) B) Seminar Fleischtechnik	ab 2. / einsemestrig			B	5
L 30 Spezielle Lebensmitteltechnologie: Getreide-, Back- und Süßwarenherstellung	A) Theorie: Back- und Süßwarenherstellung (S) B) Experimentalseminar Back- und Süßwarenherstellung (S)	ab 3. / einsemestrig			B	5

B: Berufliche Fachrichtung

6. Metalltechnik

6.1. Pflichtmodule

Die Klausurdauer beträgt in der Regel 25 Minuten pro Leistungspunkt (LP), die Dauer der mündlichen Prüfung beträgt 10 Minuten pro Leistungspunkt.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Arbeitswissenschaft	Vorlesung				K	4
	Übung					
Grundlagen der Umformtechnik	Vorlesung				K	4
	Übung					
Automatisierung Steuerungstechnik	Vorlesung				K	4
	Übung					
Konstruktionswerkstoffe	Vorlesung				K	4
	Übung					
Spanen	Vorlesung				K	4
	Übung					
Didaktik der Technik 2	Labor Schulversuche			Zusammengesetzte Studienleistung	M (30 min.)	9
	Gestaltung berufspraktischer Lehr-/ Lernarrangements			Zusammengesetzte Studienleistung		
	Fachdidaktisches Projekt 1			Zusammengesetzte Studienleistung		
	Fachpraktikum Teil 1					
Didaktik der Technik 3	Fachdidaktisches Projekt 2			Zusammengesetzte Studienleistung	M (30 min.)	5
	Fachpraktikum Teil 2					
Summe						34

6.2. Wahlpflichtmodule

Unter den folgenden Wahlpflichtbereichen im Umfang von 8 Leistungspunkten kann einer gewählt werden. Prüfungen sind in den zugehörigen Modulen abzulegen.

Wahlpflichtbereich 1: Werkstofftechnik

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Gießereitechnik	Vorlesung				K <u>oder</u> M	4
	Übung					
Prozesskette im Automobilbau: Vom Werkstoff zum Produkt	Vorlesung				K <u>oder</u> M	4
	Übung					

Wahlpflichtbereich 2: Produktentwicklung

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Concurrent Engineering	Vorlesung				K <u>oder</u> M	4
	Übung					
Planung und Entwicklung mechatronischer Produkte	Vorlesung				K <u>oder</u> M	4
	Übung					

Wahlpflichtbereich 3: Qualitätssicherung in der Produktion

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Datenverarbeitungssysteme	Vorlesung				K <u>oder</u> M	4
	Übung					
Qualitätsmanagement	Vorlesung				K <u>oder</u> M	4
	Übung					

Wahlpflichtbereich 4: Produktionslogistik

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Produktionsmanagement	Vorlesung				K <u>oder</u> M	4
	Übung					
Transporttechnik	Vorlesung				K <u>oder</u> M	4
	Übung					

Wahlpflichtbereich 5: Mikrofertigungstechnik

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Produktion elektronischer Systeme	Vorlesung				K <u>oder</u> M	4
	Übung					
Mikrosystemtechnik	Vorlesung				K <u>oder</u> M	4
	Übung					

Wahlpflichtbereich 6: Unternehmensmanagement

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Logistikmanagement	Vorlesung				K <u>oder</u> M	4
	Übung					
Unternehmensführung	Vorlesung				K <u>oder</u> M	4
	Übung					

Wahlpflichtbereich 7: Mechatronik in der Produktionstechnik

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Entwurf diskreter Steuerungen	Vorlesung				K <u>oder</u> M	4
	Übung					
Werkzeugmaschinen II	Vorlesung				K <u>oder</u> M	4
	Übung					

B: Berufliche Fachrichtung

7. Ökotrophologie

7.1. Pflichtmodule

Abkürzungen zu den Veranstaltungen: V = Vorlesung, P = Praktikum, S = Seminar

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Ö 19 Technik und Ökologie im Haushalt	A) Haushaltstechnik (V)	ab 2. / einsemestrig			K 120 min	6
	B) Haushaltstechnische Verfahren (V)					
Ö 20 Wirtschaftslehre der Ökotrophologie	A) Ökonomie des privaten Haushalts (S)	ab 1. / einsemestrig			K 120 min oder M ca. 20 min oder R oder HA	5
	B) Betriebswirtschaftliche Organisation von hauswirtschaftlichen Dienstleistungsbetrieben (S)					
Ö 21 Lebensmittelrecht und Verbraucherschutz	A) Vorlesung	ab 1. / einsemestrig			K 120 min oder M ca. 20 min oder R oder HA	4
	B) Übung					
Ö 22 Spezielle Aspekte hauswirtschaftlicher Versorgungs- und Betreuungsprozesse	A) Versorgungs- und Betreuungsbedarf in speziellen Lebenssituationen I (S)	ab 1. / einsemestrig			K 120 min oder M ca. 20 min oder R oder HA	5
	B) Versorgungs- und Betreuungsbedarf in speziellen Lebenssituationen II (S)					
Ö 23 Spezielle Humanernährung	A) Pathophysiologie und Pathobiochemie ernährungsassoziierter Erkrankungen (V)	ab 2. / einsemestrig			R oder HA oder K oder M	6
	B) Einführung in Pharmakologie und Toxikologie (S)					
	C) Ernährung in Prävention und Therapie (S)					
Ö 24 Berufsfelddidaktik 1: Schulpraktische Studien	A) Vorbereitung des 2. Schulpraktikums (S)	ab 1. / einsemestrig			PB	6
	B) Durchführung des 2. Schulpraktikums (P)	4 Wochen				
Ö 25 Berufsfelddidaktik 2: Schulische Praxis	A) Nachbereitung des 2. Schulpraktikums (S)	ab 2. / einsemestrig			K 120 min oder M ca. 20 min oder R oder HA	5
	B) Spezielle Fragen der Fachdidaktik und Methodik (S)					
Summe						37

7.2. Wahlpflichtmodule

Ein Modul ist zu wählen. Es kann nur ein Modul gewählt werden, das nicht bereits im Bachelorstudiengang Technical Education gewählt worden ist.

Abkürzungen zu den Veranstaltungen: V = Vorlesung, P = Praktikum, S = Seminar

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Ö 15 Entwicklung des Menschen über die Lebensspanne	A) Theorien der Entwicklungspsychologie (S)	ab 1. / einsemestrig			R oder HA oder M ca. 20 min	5
	B) Entwicklung über die Lebensspanne (S)					
Ö 16 Kommunikative und soziale Kompetenzen in personenorientierten Versorgungs- und Betreuungsprozessen	A) Kommunikationsprozesse und kommunikative Kompetenzen (S)	ab 2. / einsemestrig			PR oder R oder Ü	5
	B) Kommunikative Interventionsstrategien (S)					
Ö 26 Angewandte Haushaltstechnik	A) Grundlagen der angewandten Haushaltstechnik (S)	ab 2. / einsemestrig			B	5
	B) Experimentalseminar					
Ö 27 Spezielle Lebensmitteltechnologie: Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung	A) Theorie Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung (V)	ab 2. / einsemestrig			B	5
	B) Experimentalseminar Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung					
Ö 28 Planung, Durchführung und Auswertung von Humanstudien mit Lebensmitteln	A) Seminar	ab 1. / einsemestrig			B	5
	B) Experimentalseminar					
Ö 29 Lebensmittelsicherheit	A) Qualitätsmanagement und Monitoring (S)	ab 1. / einsemestrig			B	5
	B) Experimentalseminar					
Ö 30 Marketing für Lebensmittelwissenschaft und Ökotrophologie	A) Grundlagen von Marketingkonzeptionen (S)	ab 2. / einsemestrig			K 120 min oder M ca. 20 min oder R oder HA	5
	B) Exkursion und Übungen zu speziellen Marketingkonzeptionen (Ü)					

C: Unterrichtsfächer

1. Biologie

1.1. Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte	
Zoologische Systematik und Tierartenkenntnis	Vorlesung und Praktikum Zoologische Systematik und Artenkenntnis	1 oder 3		3	K 60	6	
Grundlagen der Ökologie	Vorlesung Grundlagen der Ökologie	2 oder 4		1	K 60	6	
	Vorlesung Großlebensräume der Erde						
	Geländepraktikum						
Biomathematik	Vorlesung Biomathematik	4		1	K 120	4	
	Übung zur Biomathematik, Biometrie, Epidemiologie						
Fachpraktikum	Vorbereitung auf das Fachpraktikum	Ab 1.		1	PB	6	3
	Praktikum in der Schule (2 Wochen)						3
Summe						22	

1.2. Wahlpflichtmodule

Ein Modul ist zu wählen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte	
Mikrobiologie II	Vorlesung und Praktikum Mikrobiologie	2 oder 4		2	K 60	6	
Tier- und Humanphysiologie II	Vorlesung und Praktikum Tier- und Humanphysiologie II	2 oder 4	Tier- und Humanphysiologie I	2	K 60	6	
Einführung in die Entomologie	Vorlesung und Praktikum: Einführung in die Entomologie	4		1	PRO	6	

C: Unterrichtsfächer

2. Chemie

2.1. Pflichtmodule

Studierende, die die Voraussetzungen zur Zulassung zu den Praktika nicht erfüllen, können in Ausnahmefällen zugelassen werden. Die Entscheidung über die Zulassung trifft die Praktikumsleiterin oder der Praktikumsleiter.

Abkürzungen zu den Veranstaltungen: V=Vorlesung, Ü= Übung, P=Praktikum, S=Seminar

Modul	Lehrveranstaltung	Sem.	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistungen	Voraussetzungen für die Zulassung zum Praktikum	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Physikalische Chemie 1	4 V Physikalische Chemie I	2,4	Keine	K 180	Keine	Keine	7
	Ü Physikalische Chemie I	2,4					
Mathematik für Lehramt	2 V Mathematik I	1,3	Keine	K 120 zur Mathematik I	Keine	Keine	4
	1 Ü Mathematik I	1,3					
Fachpraktikum	Begleitende Lehrveranstaltung und Schulpraktikum	1,2,3 1,2,3	Keine	Haus- und Präsenzübungen	Keine	PB	4
Fachdidaktik Chemie 3	Demonstrationspraktikum	1, 3	Keine	Keine	Keine	S	4
Summe							19

2.2. Wahlpflichtmodule

Es sind Wahlpflichtmodule im Umfang von 9 LP zu wählen. Es gelten die unter Anlage 1 angeführten Abkürzungen.

Studierende, die die Voraussetzungen zur Zulassung zu den Praktika nicht erfüllen, können in Ausnahmefällen zugelassen werden. Die Entscheidung über die Zulassung trifft die Praktikumsleiterin oder der Praktikumsleiter.

Abkürzungen zu den Veranstaltungen: V=Vorlesung, Ü= Übung, P=Praktikum, S=Seminar

Modul	Lehrveranstaltung	Sem.	Voraussetzungen für die Zulassung zur Modulprüfung	Studienleistungen	Voraussetzungen für die Zulassung zum Praktikum	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Anorganische Chemie 2 für Lehramt	2 V Anorganische Chemie II 4 P Anorganische Chemie I 2 S zum P Anorganische Chemie I	3 3 3	Abgeschlossenes Seminar und abgeschlossenes Praktikum aus Anorganische Chemie 2 für Lehramt	Sicherheitsklausur S zum P Anorganische Chemie I (eigener Vortrag und Anwesenheitspflicht) P Anorganische Chemie I		M 30	9
Physikalische Chemie 2 für Lehramt	1 V Aufbau der Materie für Lehramt 1 S Experimentalphysik 1 S Physikalische Chemie 5 P Physikalische Chemie I mit Tutorium Physik	3 3 3 3	Abgeschlossenes Seminar und Praktikum aus Physikalische Chemie 2 für Lehramt	P Physikalische Chemie I K 120	Physikalische Chemie 1, Mathematik,	M 30	9
Organische Chemie 2 für Lehramt	1 V Organische Chemie für Lehramt 7 P Organische Chemie I 3 S zum P Organische Chemie I	4 4 4	Abgeschlossenes Seminar und Praktikum aus Organische Chemie 2 für Lehramt	P Organische Chemie I S zum P Organische Chemie I		K 180	9

C: Unterrichtsfächer

3. Deutsch

Prüfungs- und Studienleistungen eines Moduls können nicht in ein und derselben Veranstaltung erbracht werden. Die Studierenden wählen in Absprache mit den Lehrenden, in welcher Veranstaltung des Moduls sie die jeweilige Leistung erbringen.

3.1. Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semes-ter	Ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungs-punkte	
FP TE Fachpraktikum Technical Education	Vorbereitung auf das Fachpraktikum: 1 Veranstaltung in der Literaturdidaktik <i>oder</i> der Sprachdidaktik	Ab 1.		1 Studienleistung pro Modul	PF 10-20 od. FP 10-15	8	5
	Praktikum in der Schule (2 Wochen)						3
Summe						8	

3.2. Wahlpflichtmodule

Es sind zwei Wahlpflichtmodule zu wählen, die noch nicht in der Bachelorphase belegt worden sind. Dabei muss ein Modul aus dem Bereich Literatur (L3-L4) und eines aus dem Bereich Sprachwissenschaft (S 3-S 5, S 7) nachgewiesen werden.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semes-ter	Ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungs-punkte
L 3 Literaturgeschichte II	L 3.1 Vorlesung od. Seminar zur Literatur bis 1800	ab 1.		1 Studienleistung pro Modul	HA 10–15 od. PR/A 5–10 od. K 90 od. PR 20	10
	L 3.2 Vorlesung od. Seminar zur Literatur ab 1800					
L 4 Medien - Kultur - Wissen	Vorlesung od. Seminar	ab 1.		1 Studienleistung pro Modul	HA 10–15 od. PR/A 5–10 od. K 90 od. PR 20	10
	Seminar					
S 3 Sprache, Gesellschaft und Medien	Vorlesung od. Seminar	ab 1.		1 Studienleistung pro Modul	HA 10–15 od. PR/A 5–10 od. K 90 od. PR 20 od. M 20-30	10
	Seminar					
S 4 Deutsch in Geschichte und Gegenwart	Vorlesung od. Seminar	ab 1.		1 Studienleistung / Modul	HA 10–15 od. PR/A 5–10 od. K 90 od. PR 20 od. M 20-30	10
	Seminar					
S 5 Bedeutung und Gebrauch von Sprache	Vorlesung od. Seminar	ab 1.		1 Studienleistung pro Modul	HA 10–15 od. PR/A 5–10 od. K 90 od. PR 20 od. M 20-30	10
	Seminar					
S 7 Theorie und Praxis des Deutschen als Fremd- und Zweitsprache	S 7.1 Theorieseminar	ab 1.		1 Studienleistung pro Modul	HA 10–15 od. PR/A 5–10 od. K 90 od. PR20 od. M 20–30	10
	S 7.2 Praxisseminar					

C: Unterrichtsfächer

4. Englisch

4.1. Pflichtmodule

Für das Modul *Advanced Methodology of Teaching English as a Foreign Language mit Schulpraktikum* gilt:

Eine Ausnahmeregelung besteht für diejenigen Studierenden, denen ein Aufenthalt als *Teaching Assistant* o.ä. als Fachpraktikum angerechnet wird. Die Prüfungsleistung wird in einer mündlichen Prüfung (30 Minuten) zu Zielen, Inhalten und Konzeptionen der Tätigkeit als *Teaching Assistant* erbracht.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semes-ter	Ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungs-punkte	
Advanced Linguistics	1 Seminar LingA1 <i>oder</i> LingA2 (2 SWS)	Ab 1.		1 Studienleistung	HA (5.000 Wörter)	5	
Contexts of English Language Use	SPEP (2SWS) English for Professional Use	Ab 1.		1 Studienleistung pro Veranstaltung	HA (2000 Wörter) in SPVE	4	
	SPVE (2 SWS) Varieties of English Language Use						
Advanced Methodology of Teaching English as a Foreign Language mit Schulpraktikum	DidA1: Culture, Text & Media (2 SWS) <i>oder</i> DidA2: Language & Media (2 SWS)	2.-3.		1 Studienleistung pro Veranstaltung	HA (10-12 Seiten) <i>oder</i> K (90 min.) <i>oder</i> M (20 min.) in DidA1 <i>oder</i> DidA2	9	6
	Planung und Analyse von Englischunterricht						
	Schulpraktikum (2 Wochen)				PB (mind. 5.000 Wörter)		3
Summe						18	

4.2. Wahlpflichtmodule

Im Modul *Intermediate Literature and Culture* belegen die Studierenden die F2 und F3-Veranstaltungen, die noch nicht Bestandteil des Moduls *Foundations Literature and Culture* im Bachelorstudiengang waren.

Modul	Lehrveranstaltungen	Seme-ster	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungs-punkte
Intermediate Literature and Culture	AmerF4/ <i>oder</i> BritF4 (2SWS) Seminar	Ab 3.		1 Studienleistung pro Veranstaltung	M (20 min.) zu AmerF2 und AmerF3 <i>oder</i> BritF2 und BritF3 + HA (3000 Wörter) in AmerF4 <i>oder</i> BritF4	10
	AmerF2/ <i>oder</i> BritF2 (2 SWS) Survey of Literature and Culture I					
	AmerF3 <i>oder</i> /BritF3 (2 SWS) Survey of Literature and Culture II					

C: Unterrichtsfächer

5. Evangelische Religion

5.1. Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semes-ter	Voraus-setzungen f. die Zulassung	Studien-leistung	Prüfungs-leistung	Leistungs-punkte
Vertiefungs-modul 7 Fachwissen-schaftliche Differenzierung	VM 7a Biblische Hermeneutik	3.	-	1 Studienlei-tung	HA (15 S.)	10
	und VM 7b Kernprobleme der Systematischen Theologie und Ethik oder VM 7c Christliche Motive in der Kultur(-geschichte) – Phä-nomenologie und Herme-neutik					
Aufbaumodul 5 Berufskompetenz	AM 2c Ökumenisches und interreligiöses Lernen in religionspädagogischen Handlungsfeldern	1.	-	1 Studien-leistung	M 30	10
	AM 3b Religionspädagogik im fächerübergreifenden und weltanschaulichen Dialog					
	VM 6b Beruf: Religionspä-dagoge/in – arbeiten an einem Selbstkonzept					
Aufbaumodul 7 Fachpraktikum	AM 7a Fachpraktikum	2.	-	1 Studien-leistung	HA (10-12 S.)	8
	VM 6d Planung und Analy-se von Unterricht (Werkstattseminar mit Unter-richtsbezug)					
Summe						28

C: Unterrichtsfächer

6. Katholische Religion

6.1. Pflichtmodule

Eine der Studienleistungen in den Vertiefungsmodulen oder Aufbaumodulen muss in einer Veranstaltung erbracht werden, die von einer evangelischen Dozentin oder einem evangelischen Dozenten und einer katholischen Dozentin oder einem katholischen Dozenten gemeinsam verantwortet wird, sofern im Wahlpflichtbereich nicht Aufbaumodul 5 gewählt wird.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semes-ter	Voraus-setzungen für die Zulassung	Studien-leistung	Prüfungs-leistung	Leistungs-punkte
Fachpraktikum	Vorbereitende Lehrveranstaltung	2.	-	-	PB (10-12 S.)	7
	Fachpraktikum					
Vertiefungsmodul 5: Kategorien systematisch-theologischen Denkens: Moraltheologie/ Christliche Sozialwissenschaften	VM 5a Glaube und sittliches Handeln (2 SWS)	1.-3.	-	Referat <u>oder</u> kleinere schriftliche Leistung	HA (10-12 S.)	9
	VM 5b Kirche und Gesellschaft (2 SWS)			Referat <u>oder</u> kleinere schriftliche Leistung		
Vertiefungsmodul 6: Fachdidaktische Differenzierung:	VM 6a Didaktik des Religionsunterrichts (2 SWS)	1.-3.	-	Referat <u>oder</u> kleinere schriftliche Leistung	M 20 <u>oder</u> K 90	6
	VM 6b Methodik des Religionsunterrichts (2 SWS)			Referat <u>oder</u> kleinere schriftliche Leistung		
Summe						22

6.2. Wahlpflichtmodule

Es müssen Wahlpflichtmodule im Umfang von **mindestens 6 LP** gewählt werden.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Vertiefungsmodul 4: Kategorien biblisch-theologischen Denkens: Exegese	VM 4a Exegese und Theologie des AT (2 SWS)	1.-3.	-	Referat <u>oder</u> kleinere schriftliche Leistung	HA (10-12 S.)	9
	VM 4b Exegese und Theologie des NT (2 SWS)			Referat <u>oder</u> kleinere schriftliche Leistung		
Vertiefungsmodul 7: Kategorien systematisch-theologischen Denkens: Dogmatik	VM 7a Theologische Anthropologie (2 SWS)	1.	-	Referat <u>oder</u> kleinere schriftliche Leistung	M 20 <u>oder</u> K 90	6
	VM 7b Christologie/Soteriologie (2 SWS)			Referat <u>oder</u> kleinere schriftliche Leistung		
Aufbaumodul 4: Theologie im Kontext IV: Religion und Religiosität im gesellschaftlichen Kontext	AM 4a Religionsphilosophie/Religionskritik (2 SWS)	1.-3.	-	Referat <u>oder</u> kleinere schriftliche Leistung	M 20 <u>oder</u> K 90	6
	AM 4b Religion in biographischer Sozialisation (2 SWS)			Referat <u>oder</u> kleinere schriftliche Leistung		
Aufbaumodul 5: Theologie im Kontext V: Ökumenische Theologie	AM 5 Ökumenische Theologie - konfessionell-kooperatives Modul	3.	-	Referat <u>oder</u> kleinere schriftliche Leistung	M 20 <u>oder</u> K 90	3
Aufbaumodul 6: Theologie im Kontext VI: Theologie interdisziplinär	AM 6 Theologie im Kontext der Wissenschaften - interdisziplinäres Modul	4.	-	Referat <u>oder</u> kleinere schriftliche Leistung	M 20 <u>oder</u> K 90	3

C: Unterrichtsfächer

7. Mathematik

A) Für die Dauer von Prüfungen gelten die folgenden Richtwerte:

(1) Mündliche Prüfungen dauern mindestens 15 Minuten, höchstens aber 60 Minuten. Innerhalb dieses Rahmens sollen mündliche Prüfungen pro Leistungspunkt 1-4 Minuten dauern.

(2) Schriftliche Prüfungen (Klausuren) dauern mindestens 45 Minuten, höchstens aber 180 Minuten. Innerhalb dieses Rahmens sollen Klausuren 5-15 Minuten pro Leistungspunkt dauern.

B) Falls nicht anders vermerkt, so beziehen sich Prüfungen auf das gesamte Modul mit einer angemessenen Gewichtung der einzelnen Lehrveranstaltungen.

C) Es ist nur eines der Module Stochastische Methoden für LbS und Praktische Mathematik für LbS zu belegen. Es ist das Modul zu wählen, welches nicht bereits im Bachelorstudiengang belegt wurde.

7.1. Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Fachpraktikum	Begleitende Lehrveranstaltung	2 oder 3		Eine Leistung gemäß § 14(2)	P	4
	Schulpraktikum					
Fachdidaktik Mathematik	Fachdidaktische Veranstaltungen im Umfang von mindestens 4 LP	1 und 2		Ü	M	4
Praktische Mathematik für LbS	Numerische Mathematik I Übung Num. Math. I	Ab 1		Ü	K	10
Stochastische Methoden für LbS	Stochastik A Übung Stochastik A	Ab 1			K	10
	Stochastik B Übung Stochastik B	Ab 2			K	
Summe						18

7.2. Wahlpflichtmodule

Es ist eines der Module Fortgeschrittene Mathematische Methoden A oder B zu wählen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Fortgeschrittene Mathematische Methoden A	Eine der Vorlesungen Algebra I, Analysis III. Weitere Veranstaltungen können dem Modul im Veranstaltungskatalog zugeordnet werden	Ab 1		Ü	K oder M	10
Fortgeschrittene Mathematische Methoden B	Eine der Vorlesungen Numerische Mathematik II oder Mathematische Stochastik II. Weitere Veranstaltungen können dem Modul im Veranstaltungskatalog zugeordnet werden	Ab 1			K oder M	10

C: Unterrichtsfächer

8. Physik

A) Für die Dauer von Prüfungen gelten die folgenden Richtwerte:

(1) Mündliche Prüfungen dauern mindestens 15 Minuten, höchstens aber 60 Minuten. Innerhalb dieses Rahmens sollen mündliche Prüfungen pro Leistungspunkt 1-4 Minuten dauern.

(2) Schriftliche Prüfungen (Klausuren) dauern mindestens 45 Minuten, höchstens aber 180 Minuten. Innerhalb dieses Rahmens sollen Klausuren 5-15 Minuten pro Leistungspunkt dauern.

B) Falls nicht anders vermerkt, so beziehen sich Prüfungen auf das gesamte Modul mit einer angemessenen Gewichtung der einzelnen Lehrveranstaltungen.

8.1. Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Fachpraktikum	Begleitende Lehrveranstaltung	3		Eine Studienleistung gemäß § 14(2)	P	4
	Schulpraktikum					
Fachdidaktik Physik	Fachdidaktische Veranstaltungen der Physik im Umfang von mindestens 4 LP	2 und 3		Ü, R oder S	M	4
Experimente und Experimentieren im Physikunterricht	Praktikum Experimente und Experimentieren im Physikunterricht	1		L und Sicherheitsanweisung		4
Summe						12

8.2. Wahlpflichtmodule

Zwei Module sind zu wählen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Einführung in die Festkörperphysik	Einführung in die Festkörperphysik	Ab 1		U	K oder M	8
	Übung Einf. Festkörperph.			L		
	Laborpraktikum					
Atom- und Molekülphysik	Atom- und Molekülphysik	Ab 1		Ü	K oder M	8
	Übung Atom- und Molekülphysik			L		
	Laborpraktikum					
Kohärente Optik	Kohärente Optik	Ab 2		U	K oder M	8
	Übung Kohärente Op.			L		
	Laborpraktikum					
Strahlenschutz	Kernphysikalische und kernchemische Grundlagen des Strahlenschutzes und der Radioökologie	Ab 1			K oder M	8
	Laborpraktikum			L		

C: Unterrichtsfächer

9. Politik

9.1. Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Fachpraktikum und Fachdidaktik	Fachpraktikum (2 Wochen)	1	-	1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	PB (10-12 S.)	8
	Begleitende Lehrveranstaltung					
Summe						8

9.2. Wahlpflichtmodule (20 LP)

Es sind zwei Wahlpflichtmodule zu belegen, die noch nicht im Bachelorstudiengang Technical Education studiert worden sind.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Politische Ideengeschichte und Theorien der Politik	Vorlesung mit Kolloquium <u>oder</u> Proseminar	1-3	-	1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	K 60 <u>oder</u> M 20 <u>oder</u> HA 10-12	10
	Seminar					
Politische Soziologie und politische Sozialstrukturanalyse	Vorlesung mit Kolloquium <u>oder</u> Proseminar	1-3	-	1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	K 60 <u>oder</u> M 20 <u>oder</u> HA 10-12	10
	Seminar					
Internationale Beziehungen, Weltgesellschaft, Europäische Integration	Vorlesung mit Kolloquium <u>oder</u> Proseminar	1-3	-	1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	K 60 <u>oder</u> M 20 <u>oder</u> HA 10-12	10
	Seminar					
Politikfelder und politische Verwaltung	Vorlesung mit Kolloquium <u>oder</u> Proseminar	1-3	-	1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	K 60 <u>oder</u> M 20 <u>oder</u> HA 10-12	10
	Seminar					
Gesellschaftstheorie	Seminar <u>oder</u> Vorlesung	1-3	-	1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	M 20 <u>oder</u> HA 7 (Essay)	10
	Seminar					
Kulturanthropologie und Weltgesellschaft	Seminar <u>oder</u> Vorlesung	1-3	-	1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	M 20 <u>oder</u> HA 7 (Essay)	10
	Seminar					
Bildungssysteme und Sozialisationsprozesse	Seminar <u>oder</u> Vorlesung	1-3	-	1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	M 20 <u>oder</u> K 60 <u>oder</u> HA 7 (Essay)	10
	Seminar					
Aufbaumodul Arbeit und Organisation	Seminar	1-3	-	1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	M 20 <u>oder</u> HA 7 (Essay)	10
	Seminar					

C: Unterrichtsfächer

10. Sonderpädagogik an berufsbildenden Schulen

10.1. Pflichtmodule

Studienleistungen sind spätestens bis 6 Monaten nach Beendigung der zugehörigen Lehrveranstaltungen zu erbringen.

In Modul 9 werden die schulpraktischen Studien im Rahmen einer (im Vorlesungsverzeichnis ausgewiesenen) Veranstaltung vor- und nachbereitet.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Modul 7: Gewinn eines wissenschaftlichen Verständnisses der Zielgruppe	7.1 Sichtweisen, Zugänge, Theorien zur beruflichen Förderpädagogik	Empfohlen im 1./2.		1 Studienleistung pro Modul	M 15 oder PrB oder S oder HA jeweils 10-15	7
	7.2 Theorien zu Lebenswelten und Milieus					
	7.3 Verhaltensauffälligkeiten und Einzelfallförderung					
Modul 8: Erarbeitung förderpädagogischer Konzepte (Didaktik und Methodik)	8.1 Spezielle Didaktik und Curriculumentwicklung	Empfohlen im 1./2.		1 Studienleistung pro Modul	M 15 oder PrB oder S oder HA jeweils 10-15	7
	8.2 Lerntheorien., Lernstrategien und Lernschwierigkeiten					
	8.3 Professionalisierung (Diagnostik, Testtheorie, Beratungskonzepte, Teamentwicklung)					
Modul 9: Erarbeitung förderpädagogischer Institutionen, Strukturen und Diskurse	9.1 Begleitveranstaltung zu den schulpraktischen Studien	Empfohlen im 3./4.		1 Studienleistung pro Modul	-	3
Modul 10: Überblick und Verständnis gesellschaftlicher Rahmenbedingungen	10.1 Historische und internationale Aspekte beruflicher Förderpädagogik	Empfohlen im 3./4.		1 Studienleistung pro Modul	M 15 oder PrB oder Soder HA jeweils 10-15	7
	10.2 Gesellschaftliche Exklusion und Desintegration					
	10.3 Wandel der Erwerbsarbeit					
Summe						24

10.2. Wahlpflichtmodule

Das Wahlpflichtmodul dient der gezielten Vertiefung einzelner Teilbereichsthemen aus den Pflichtmodulen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Vertiefungsmodul	2 Lehrveranstaltungen aus den Schwerpunkten der Pflichtmodule	1.-4.		Nachweis über die Veranstaltungen		4

C: Unterrichtsfächer

11. Sport

11.1. Pflichtmodule

Wenn im Bachelorstudium ein Mannschaftsspiel gewählt wurde, dann muss im Modul „Didaktik und Methodik der Sportarten: Spielen (Bereich C/D)“ ein Rückschlagspiel gewählt werden und umgekehrt. Der Vertiefungsveranstaltung im Modul „Didaktik und Methodik der Sportarten: Weitere Sportarten (Bereich E/Wahl)“ muss im Bachelor- oder Masterstudium eine Einführungsveranstaltung vorausgegangen sein. Des Weiteren darf die VP Wahl nicht in einer Sportart absolviert werden, in der schon eine Exkursion im Bachelorstudium belegt wurde.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Vertiefung der Sportwissenschaft: Naturwiss. Sporttheorie	VP Bew./Tr.1 (2 SWS) Vertiefung bewegungs- oder trainingswiss. Fragestellungen	1.-2.	-	1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	HA (15 S.) <u>oder</u> M 20	6
	VP Med.1 (2 SWS) Vertiefung gesundheitswiss. Fragestellungen					
Projektmodul	Proj. (4 SWS) Lehrveranstaltung in Projektform nach Wahl	2.-3.	-	1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	HA (20 S.)	6
	Forschung1 (1 SWS) Einführung in Methoden der sportwiss. Forschung					
Didaktik und Methodik der Sportarten: Spielen (Bereich C/D)	Spiel-M 2 weitere EP mit VP aus ELf 1 (C) (4 SWS) oder: Spiel-R 1 EP mit VP aus ELf 1 (D) (4 SWS)	1.-2.	-	1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	SP 30 und K 60	6
Didaktik und Methodik der Sportarten: Weitere Sportarten (Bereich E/Wahl)	Weit-2 weitere EP aus ELf 6-9 (2 SWS)	2.-3.	-	1 Studienleistung pro Lehrveranstaltung	SP 20 und K 45	6
	VP Wahl in einem bisher noch nicht vertieften ELf 1-9 (2 SWS)				SP 30 und K 60	
Didaktisches Praktikum	Fachpraktikum (ca. 2 Wochen)	3.	-	1 Studienleistung	PB (15 S.)	4
	begleitendes Seminar (2 SWS)					
Summe						28

D: Modul Masterarbeit

Bei einer Fächerkombination mit dem Unterrichtsfach Sport ist spätestens bei der Anmeldung zum Modul „Masterarbeit“ der Nachweis der Ersten Hilfe sowie des Deutschen Rettungsschwimmabzeichens in Bronze zu erbringen, sofern diese nicht schon im Bachelorstudium vorgelegt wurden.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Ggf. Voraussetzungen f. die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte	
Masterarbeit	ggf. eine dazugehörige Lehrveranstaltung	4. Semester	mind. 75 LP		M 60	3	20
					MA	17	

Anlage E: Glossar

Im Folgenden sind die Abkürzungen für die Prüfungsleistungen aufgeführt. Durch fachspezifische Abweichungen kann es zu Mehrfachnennungen und Überschneidungen kommen. Der Umfang der Prüfungsleistungen ist in den Fachspezifischen Anlagen teilweise aufgeführt worden (z.B.: K 60 = Klausur im Umfang von 60 Minuten).

BÜ	Bestimmungsübung
E	Essay
EB	Exkursionsbericht
FP	Fachpraktische Prüfung
HA	Hausarbeit
K	Klausur
KO	Kolloquium
L	Laborübung
M	Mündliche Prüfung
MA	Masterarbeit
PB	Praktikumsbericht
PF	Portfolio
PR/A	Präsentation mit Ausarbeitung
PrB	Projektbericht
PR	Präsentation
PRO	Protokoll
R	Referat
S	Seminararbeit
SP	Sportpraktische Präsentation
T	Testat
uK	Unbenotete Klausur
Ü	Übung

Schließung des Masterstudienganges Systems Design

Das Präsidium der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover hat mit Beschluss vom 21.07.2010 nach zustimmender Stellungnahme des Senats vom 14.07.2010 den Masterstudiengang Systems Design zum WS 2011/12 geschlossen.

Das Präsidium der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover hat auf seiner Sitzung am 27.10.2010 gemäß § 37 Abs. 3 NHG die nachfolgende Satzung der Studierendenschaft der Leibniz Universität Hannover genehmigt. Alle Änderungen treten für die Amtsperiode 2011/2012 in Kraft

Satzung der Studierendenschaft der Leibniz Universität Hannover

Satzung vom 21.04.2006
geändert durch Satzungsänderung vom 01.11.2010

Abschnitt 1 Allgemeines

§ 1 Studierendenschaft

- (1) Die an der Leibniz Universität Hannover immatrikulierten Studierenden bilden die Studierendenschaft.
- (2) Die Studierendenschaft ist eine rechtsfähige Teilkörperschaft der Hochschule.
- (3) Der Studierendenschaft obliegt die Interessenvertretung der Studierenden.

§ 2 Aufgaben

- (1) Die Studierendenschaft hat das Recht, ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu verwalten.
- (2) Zu den eigenen Angelegenheiten der Studierendenschaft gehören insbesondere:
 - a. die Vertretung der Gesamtheit ihrer Mitglieder im Rahmen ihrer satzungsmäßigen Befugnisse,
 - b. die Wahrnehmung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Studierenden,
 - c. die Mitwirkung bei der Studierendenförderung,
 - d. Information ihrer Mitglieder zu studierenden- oder hochschulrelevanten Fragen,
 - e. die Pflege der regionalen, nationalen und internationalen Studierendenbeziehungen,
 - f. die Unterstützung der musischen und kulturellen Interessen der Studierenden,
 - g. die Förderung des freiwilligen Studierendensports,
 - h. die Förderung der Frauen im Studium und an der Hochschule,
 - i. die Integration von ausländischen Studierenden sowie
 - j. die Förderung des Umweltschutzes an der Hochschule.
- (3) Im Rahmen der vorstehenden Aufgaben fördert sie die politische Bildung und das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein der Studierenden.
- (4) In den akademischen Organen der Leibniz Universität Hannover wirkt die Studierendenschaft durch ihre VertreterInnen mit.
- (5) In den Organen des Studentenwerks wirkt die Studierendenschaft durch ihre VertreterInnen mit.
- (6) Parteipolitische und konfessionelle Zielsetzungen sind ausgeschlossen.

§ 3 Rechte und Pflichten

- (1) Alle Studierenden unterliegen den Bestimmungen dieser Satzung.
- (2) Alle Studierenden haben das aktive und passive Wahlrecht.
- (3) Alle Studierenden haben nach Maßgabe der Satzung das Recht, in den Organen der Studierendenschaft und deren Ausschüssen mitzuwirken und von ihnen gehört zu werden und ihnen Anträge zur Beschlussfassung vorzulegen.
- (4) Alle Studierenden sind verpflichtet einen finanziellen Beitrag für die Studierendenschaft zu leisten. Näheres regelt die Beitragsordnung.
- (5) Die amts- und mandatstragenden Studierenden sind verpflichtet ihre Aufgaben satzungsgemäß und gewissenhaft durchzuführen.

§ 4 Arbeitsverträge mit Angestellten

- (1) Zwischen der Studierendenschaft und ihren Angestellten sind Arbeitsverträge abzuschließen, die insbesondere die Rechte und Pflichten der Beschäftigten bestimmen.
- (2) Die Arbeitsverträge bedürfen der Schriftform.
- (3) Die Rechtsverhältnisse der Angestellten der Studierendenschaft bestimmen sich nach den für Landesbedienstete geltenden tariflichen Regelungen.
- (4) Die Angestellten der Studierendenschaft haben das Recht, von den Organen der Studierendenschaft gehört zu werden.

§ 5 Organe

- (1) Organe der Studierendenschaft sind:
 - a. die Vollversammlung (VV),
 - b. der Studentische Rat (StuRa),
 - c. der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA),
 - d. der Ältestenrat,
 - e. die Fachschaftsvollversammlung (FSVV),
 - f. die Fachschaftsräte (FSR),
 - g. die Fachgruppenvollversammlung (FGVV) und
 - h. die Fachräte (FR)
- (2) Besondere Organe der Studierendenschaft sind:
 - a. die AusländerInnenkommission,
 - b. das Frauenkollektiv und
 - c. das Sportreferat.

§ 6 Grundsätze aller Organe

- (1) Alle Beschlüsse der Studierendenschaftsorgane sind protokollarisch festzuhalten und in geeigneter Form bekanntzugeben.
- (2) Die Sitzungen der Studierendenschaftsorgane sind hochschulöffentlich. Hochschulöffentlichkeit beinhaltet Rede- und Antragsrecht. In besonderen Fällen kann die Hochschulöffentlichkeit mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder des jeweiligen Organs ausgeschlossen werden.
- (3) Die Organe der Studierendenschaft sind keiner Partei, Organisation, Vereinigung, Glaubensrichtung oder Konfession, sondern ausschließlich der Studierendenschaft verpflichtet.
- (4) Ein Mandat kann nur ausgeübt werden, wenn Wählbarkeit vorliegt. Ist eine Wahl nicht mehr möglich, scheidet das Mitglied automatisch aus dem Organ aus.

§ 6a Beschlussfähigkeit aller Organe

- (1) Organe sind beschlussfähig, sofern nichts anderes bestimmt ist, wenn nach ordnungsgemäßer Einberufung die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist. Die Sitzungsleitung stellt die Beschlussfähigkeit zu Beginn der Sitzung fest. Das Organ gilt sodann, auch wenn sich die Zahl der anwesenden Mitglieder im Laufe der Sitzung verringert, als beschlussfähig, solange nicht ein Mitglied Beschlussunfähigkeit geltend macht; dieses zählt zu den Anwesenden.
- (2) Ist eine Angelegenheit wegen Beschlussunfähigkeit des Organs zurückgestellt worden, so wird das Organ unverzüglich zur Verhandlung über den gleichen Gegenstand zum zweiten Mal einberufen. Es ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder zu diesem Gegenstand beschlussfähig, wenn in der Ladung zur zweiten Sitzung ausdrücklich hierauf hingewiesen worden ist.
- (3) Vollversammlungen jeder Art sind beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß eingeladen wurde und mindestens 3 Mitglieder anwesend sind.

§ 6b Geschäftsordnung aller Organe

- (1) Jedes Organ gibt sich eine Geschäftsordnung. Sie soll insbesondere Bestimmungen über die Einberufung, die Niederschrift, die Aufrechterhaltung der Ordnung und das Abstimmungs- und Wahlverfahren enthalten.
- (2) Solange keine Geschäftsordnung beschlossen wird, gilt die Geschäftsordnung des Studentischen Rates entsprechend.
- (3) Die Geschäftsordnungen und Satzungen aller Organe der Studierendenschaft werden im AStA gesammelt und sind jederzeit allen Studierenden zugänglich zu machen.

Abschnitt 2

Vollversammlung und Urabstimmung

§ 7 Vollversammlung (VV)

- (1) Die Vollversammlung ist das oberste empfehlende Organ und wird aus allen immatrikulierten Studierenden gebildet.
- (2) In der Vollversammlung der Leibniz Universität Hannover haben alle eingeschriebenen Studierenden Sitz und Stimme.
- (3) Die Vollversammlung wird vom AStA einberufen:
 - a. auf schriftlichen Antrag von mindestens 1 % Studierenden,
 - b. auf Antrag von einem Drittel der StuRa-Mitglieder,
 - c. auf Beschluss des AStA oder
 - d. auf Beschluss des Ältestenrates.
- (4) Die von der Vollversammlung angesprochenen Organe müssen in der nächsten ordentlichen Sitzung, mindestens aber binnen 2 Wochen über die Empfehlungen beraten und hierzu einen entsprechenden Beschluss mit der erforderlichen Mehrheit fassen.
- (5) Die Vollversammlung wählt sich ein Sitzungspräsidium.

§ 8 Urabstimmung

- (1) Die Urabstimmung ist beschlussfassend bei einer Wahlbeteiligung von mehr als 10 % der wahlberechtigten Studierenden.
- (2) Ist die Urabstimmung nicht beschlussfassend, mangels Wahlbeteiligung, so beschließt sie über Empfehlungen an die Organe der Studierendenschaft.
- (3) Empfehlungen einer Urabstimmung haben einen höheren Stellenwert als die einer Vollversammlung.
- (4) Eine Urabstimmung muss durchgeführt werden:
 - a. auf schriftlichen Antrag von mindestens 2 % der Studierenden,
 - b. auf Beschluss des StuRa,
 - c. auf Beschluss des AStA oder
 - d. auf Beschluss des Ältestenrates.
- (5) Der AStA und der StuRa organisieren gemeinsam mit den Fachschaften die Urabstimmung und führen diese durch.
- (6) Die Stimmabgabe hat an 3 aufeinanderfolgenden Studientagen möglich zu sein, wobei sie durch Vorlage des Studierendenausweises und durch das WählerInnenverzeichnis legitimiert sein muss.
- (7) Näheres regelt die entsprechende Geschäftsordnung.
- (8) Die angesprochenen Organe müssen in der nächsten ordentlichen Sitzung, mindestens aber binnen 2 Wochen, über die Empfehlungen beraten und hierzu einen entsprechenden Beschluss mit der erforderlichen Mehrheit fassen.

Abschnitt 3

Der Studentische Rat

§ 9 Zusammensetzung

- (1) Der Studentische Rat setzt sich aus benannten Delegierten der einzelnen Fachschaftsräte und aus unmittelbar von allen Studierenden zu wählenden Mitgliedern zusammen. Der StuRa hat eine Größe von 59 MandatsträgerInnen. 29 davon werden direkt gewählt, 30 durch die Fachschaftsräte delegiert. Die Anzahl der Sitze verteilt sich nach dem Sainte-Laguë-Höchstzahlverfahren auf die einzelnen Fachschaftsräte, abhängig von dem Anteil an Studierenden, die dieser vertritt. Erhält ein Fachschaftsrat nach der Berechnung keinen Sitz, wird diesem einer zugeteilt. Der so vergebene Sitz und auch der Fachschaftsrat werden bei der erneuten Berechnung nicht weiter berücksichtigt.
- (2) Die Fachschaftsräte benennen ihre zu entsendenden Delegierten und deren StellvertreterInnen durch Beschluss. Über die Verteilung der Delegierten- sowie der StellvertreterInnenmandate entscheiden diese im Einvernehmen. Besteht kein Einvernehmen, erfolgt die Verteilung dieser Mandate über Vorschläge der einzelnen Listen. Kein Einvernehmen besteht, wenn mindestens ein Viertel der

stimmberechtigten Mitglieder dem Beschluss zur Verteilung der Delegierten sowie der StellvertreterInnenmandate widerspricht. Die Listen erhalten in diesem Fall ein Vorschlagsrecht für Delegierten- und StellvertreterInnenmandate, die entsprechend dem Sainte-Laguë-Höchstzahlverfahren auf sie entfallen. Diese Vorschläge der Listen für die zu entsendenden Delegierten und deren StellvertreterInnen müssen vom Fachschaftratsrat im Block durch Beschluss benannt werden.

- (3) Die direkt gewählten Mitglieder des Studentischen Rates werden durch allgemeine, freie, gleiche, geheime und direkte Wahl an der gesamten Universität nach dem Prinzip der mit der Personenwahl verbundenen Listenwahl gewählt. Bei der Vergabe der Sitze richtet sich die Reihenfolge der BewerberInnen auf ihrer Liste nach der Zahl der auf sie entfallenen Stimmen. Einzelkandidaturen sind zugelassen.
- (4) Hat ein Fachschaftratsrat bis zur 1. ordentlichen Sitzung keine oder nur einen Teil seiner Delegierten benannt, so verringert sich die Anzahl der Mitglieder des Studentischen Rates um die Anzahl dieser nicht benannten Delegierten. Das Präsidium weist die betroffenen Fachschaftratsräte auf diesen Umstand hin. Eine Nachbenennung ist zulässig.

§ 9a Amtszeit

- (1) Der Studentische Rat wird für 2 Semester gewählt.
- (2) Der Studentische Rat konstituiert sich binnen 4 Wochen nach Abschluss der studentischen Wahlen. Die vorlesungsfreie Zeit gilt hierbei als ein Tag.

§ 10 Aufgaben

- (1) Der Studentische Rat ist das höchste beschlussfassende Organ der Studierendenschaft und entscheidet in allen Angelegenheiten der Studierendenschaft, soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt.
- (2) Der Studentische Rat ist insbesondere zuständig für:
 - a. Änderungen dieser Satzung,
 - b. den Erlass, die Änderung und Aufhebung von Ordnungen der Studierendenschaft,
 - c. die Wahl, Abberufung und Entlastung des Präsidiums,
 - d. die Wahl, Abberufung und Entlastung des AStA,
 - e. die Verabschiedung des studentischen Haushalts,
 - f. die Wahl des Haushaltsausschusses, der Finanzrevision, des Darlehensausschusses, des Ältestenrates und der studentischen VertreterInnen beim Studentenwerk und
 - g. die Festlegung der Studierendenschaftsbeiträge.

§ 10a Satzungen und -ordnungen

Der Studentische Rat erlässt mit der Zwei-Drittel-Mehrheit seiner Mitglieder:

- a. die Finanzordnung, die der Genehmigung durch das Präsidium der Universität bedarf,
- b. die Beitragsordnung, die der Genehmigung durch das Präsidium der Universität bedarf,
- c. die Wahlordnung, die der Genehmigung durch das Präsidium der Universität bedarf,
- d. die Geschäftsordnung für die Durchführung von Urabstimmungen und Vollversammlungen,
- e. die Satzung des Sportreferates,
- f. die Satzung der AusländerInnenkommission und
- g. die Satzung des Frauenkollektives.

§ 10 b Konstituierende Sitzung

- (1) Das Präsidium des vorherigen Studentischen Rates lädt zur konstituierenden Sitzung ein.
- (2) Die Tagesordnung der konstituierenden Sitzung besteht aus mindestens folgenden Tagesordnungspunkten:
 - a. Beschluss einer Geschäftsordnung,
 - b. Wahl des Präsidiums,
 - c. Beschluss der Tagesordnung,
 - d. Wahl des Haushaltsausschusses und
 - e. Wahl der Finanzrevision.

§ 10c Präsidium

- (1) Der Studentische Rat wählt auf seiner konstituierenden Sitzung unter Leitung des Präsidiums des vorherigen Studentischen Rates aus seiner Mitte ein Präsidium. Dieses besteht aus PräsidentIn, VizepräsidentIn und SchriftführerIn.
- (2) Das Präsidium beruft Sitzungen ein. Es hat den Studentischen Rat unverzüglich einzuberufen, wenn:
 - a. ein Drittel der StuRa-Mitglieder dies verlangt,
 - b. der AStA dies beschließt,
 - c. der Ältestenrat dies beschließt oder
 - d. mindestens 50 Studierende dies beantragen.
- (3) Das Präsidium eröffnet, leitet und schließt die Sitzungen. Es übt das Hausrecht aus.

§ 11 Sitzungen

- (1) Der Studentische Rat tritt im Semester mindestens 4 mal zusammen, in der vorlesungsfreien Zeit findet jeweils mindestens eine Sitzung statt.
- (2) Die Sitzungstermine werden in der 1. Sitzung des jeweiligen Semesters festgelegt. Die festgelegten Termine werden hochschulöffentlich bekannt gemacht.

§ 12 (weggefallen)**§ 13 Stimmabgabe**

- (1) Verstoßen Delegierte und/oder StellvertreterInnen mit ihrer Stimmabgabe im Studentischen Rat gegen die Satzung oder Geschäftsordnung ihres Fachschaftrates, kann ihnen ihr Fachschaftrat ihr Mandat aberkennen. Der Fachschaftrat benennt in diesem Fall Delegierte und/oder StellvertreterInnen nach.
- (2) Tritt ein Verstoß nach Abs. 1 wiederholt (d. h. mindestens 2 mal) bei Delegierten und/oder StellvertreterInnen der gleichen im Fachschaftrat vertretenen Liste, und/oder Delegierten und StellvertreterInnen, die auf Vorschlag dieser Liste ihr Mandat erhalten haben, auf, kann der Fachschaftrat für den Fall des nicht bestehenden Einvernehmens für die Nachbenennung eine von der in § 9 Abs. 2 abweichenden Regelung zur Verteilung der Delegierten- und StellvertreterInnenmandate treffen.

§ 14 Sitzverlust und Rücktritt

- (1) Ein Mitglied des Studentischen Rates scheidet aus:
 - a. bei Verlust des Studierendenstatus,
 - b. durch Rücktritt, der dem Wahlamt und dem Präsidium des Studentischen Rates schriftlich mitzuteilen ist oder
 - c. durch Rückruf durch den entsendenden Fachschaftrat, der dem Präsidium des Studentischen Rates schriftlich mitzuteilen ist (Ein Auszug aus dem Protokoll ist beizufügen).
- (2) Für ein vorzeitig aus dem Studentischen Rat ausscheidendes Mitglied rückt die nachfolgende Person der Liste nach.

Abschnitt 4**Der Allgemeine Studierendenausschuss****§ 15 Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA)**

- (1) Der AStA ist das ausführende Organ der Studierendenschaft. Er führt die Beschlüsse des StuRa aus und ist diesem rechenschaftspflichtig.
- (2) Der AStA vertritt die Interessen der Studierendenschaft. Er ist dabei an die Beschlüsse des StuRa und an den Haushaltsplan der Studierendenschaft gebunden. Er führt die Geschäfte in eigener Verantwortung.
- (3) Der AStA vertritt die Studierendenschaft gerichtlich und außergerichtlich. Rechtsgeschäftliche Erklärungen müssen von mindestens 2 Mitgliedern des AStA gemeinschaftlich abgegeben werden. Erklärungen, durch die die Studierendenschaft verpflichtet werden soll, bedürfen außerdem der Schriftform.

§ 16 Zusammensetzung

- (1) Der AStA besteht aus mindestens 3 Referaten und dem Finanzreferat.
- (2) Die Referate werden vom StuRa bestimmt. Er beschließt über Bezeichnung und Aufgabe der Referate und wählt die ReferentInnen. Für Aufgaben, die der AStA nicht selbst wahrnehmen kann, können ehrenamtliche AStA-SachbearbeiterInnen (ASB) eingesetzt werden. Näheres regelt die vom StuRa zu beschließende Geschäftsordnung der AStA-SachbearbeiterInnen.

§ 17 Wahl und Amtszeit

- (1) Die ReferentInnen des AStA werden zu Beginn der Legislaturperiode des StuRa gewählt. Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder im StuRa auf sich vereinigt.
- (2) Die Amtszeit des AStA endet mit der Wahl eines neuen AStA. Einzelne Mitglieder des AStA, sowie der gesamte AStA, können jederzeit vom StuRa mit der Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder abberufen werden.

Abschnitt 5
Der Ältestenrat

§ 18 Zusammensetzung und Wahl

- (1) Der Ältestenrat besteht aus 5 Mitgliedern. Seine Amtszeit endet mit der Neuwahl durch einen neuen StuRa.
- (2) Zu Beginn des Wintersemesters wählt der StuRa 5 Studierende mit der Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder in den Ältestenrat.
- (3) Der Ältestenrat konstituiert sich binnen 2 Wochen nach seiner Wahl.

§ 19 Aufgaben

- (1) Der Ältestenrat hat die Aufgabe, die Tätigkeiten der Organe der Studierendenschaft und deren Ausschüsse zu überwachen.
- (2) Der Ältestenrat entscheidet über:
 - a. Feststellung eines Verstoßes gegen die Satzung,
 - b. die Auslegung der Satzung und der Ordnungen der Studierendenschaft oder
 - c. Streitigkeiten zwischen Studierenden, wenn sich beide Parteien einem Schiedsverfahren unterwerfen.

§ 20 Einberufung und Tagung

- (1) Der Ältestenrat kann von allen Studierenden der Leibniz Universität Hannover angerufen werden.
- (2) Nach einer Anrufung des Ältestenrates muss dieser binnen einer Woche zu diesem Punkt tagen. In der vorlesungsfreien Zeit wird diese Frist auf 2 Wochen verlängert.

§ 21 Beschlussfassung

Beschlüsse des Ältestenrates bedürfen der Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder.

§ 22 Sitzverlust und Rücktritt

- (1) Ein Rücktritt ist der/dem Vorsitzenden des Ältestenrates schriftlich mitzuteilen.
- (2) Ein Ältestenratsmitglied kann durch konstruktives Misstrauensvotum sein Amt verlieren. Das Misstrauen gegen Mitglieder des Ältestenrates wird durch Zwei-Drittel-Mehrheit aller Mitglieder des StuRa ausgesprochen.
- (3) Scheidet ein Ältestenratsmitglied aus, so wählt der StuRa eineN NachfolgerIn.

Abschnitt 6

Die Fachschaften

§ 23 Fachschaften

- (1) Die Studierenden einer Fakultät bilden die Fachschaft.
- (2) Mitglied einer Fachschaft sind alle Studierenden, die in einem Studiengang der entsprechenden Fakultät eingeschrieben sind. Ist einE StudierendeR in einer Studiengangskombination oder in mehreren Studiengängen eingeschrieben, so kann sie/er Mitglied in mehreren Fachschaften sein, sie/er ist jedoch nur in einer Fachschaft wahlberechtigt. Sie/Er hat das Recht der Option. Näheres regelt die Wahlordnung.
- (3) Fachschaften werden mit der Gründung, Auflösung oder Veränderung der Zusammensetzung einer Fakultät entsprechend gebildet, aufgelöst oder in ihrer Zusammensetzung verändert. Im Falle der Gründung einer neuen Fakultät kann der Studentische Rat mit der Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder die Durchführung vorzeitiger Wahlen für den Fachschaftsrat sowie die Dauer der 1. Amtsperiode beschließen. Der Fachschaftsrat erhält bis zur Neuwahl des Studentischen Rates Delegierte und Ersatzdelegierte nach der Berechnung gem. § 9 Abs. 1. Die Größe des Studentischen Rates erhöht sich entsprechend. Werden mehrere Fakultäten zusammengeschlossen, bilden die Mitglieder der bisherigen Fachschaftsräte bis zur nächsten Wahl einen gemeinsamen Fachschaftsrat.

§ 24 (weggefallen)

§ 25 Fachschaftsvollversammlung

- (1) Die Fachschaftsvollversammlung ist die Versammlung der Mitglieder der Fachschaft.
- (2) Die gefassten Beschlüsse sind Empfehlungen an den Fachschaftsrat. Diese sind in der darauf folgenden Sitzung des Fachschaftsrates zu beraten.
- (3) Fachschaftsvollversammlungen müssen unverzüglich von der/dem Vorsitzenden des Fachschaftsrates einberufen werden:
 - a. auf Antrag eines Drittels der Mitglieder des Fachschaftsrates oder
 - b. auf schriftlichen Antrag von 1 % der Mitglieder der Fachschaft.
- (4) Die Einberufung einer Fachschaftsvollversammlung muss unter Angabe einer vorläufigen Tagesordnung mindestens 7 Tage zuvor erfolgen und in geeigneter Weise ortsüblich bekannt gemacht werden.

§ 26 Fachschaftsrat

- (1) Der Fachschaftsrat nimmt alle Aufgaben der Studierendenschaft wahr, die die Belange der Fachschaft betreffen.
- (2) Er wird in geheimen, gleichen, direkten und freien Wahlen nach den Grundsätzen der mit Personenwahl verbundenen Listenwahl gewählt. Einzelkandidaturen sind zulässig.
- (3) Die regelmäßige Amtszeit beträgt 2 Semester.
- (4) Der Fachschaftsrat umfasst ein stimmberechtigtes Mitglied je angefangene 100 wahlberechtigte Studierende einer Fakultät, mindestens jedoch 5 Mitglieder.
- (5) Der Fachschaftsrat konstituiert sich binnen 3 Wochen nach Abschluss der studentischen Wahlen, wobei die vorlesungsfreie Zeit als ein Tag gilt. Er wählt auf der konstituierenden Sitzung aus seiner Mitte einen Vorsitz. Außerdem wählt der Fachschaftsrat die Delegierten und Ersatzdelegierten für den Studentischen Rat gemäß § 9 Abs. 2.
- (6) Die Verwaltung der Gelder des Fachschaftsrates regelt die Finanzordnung.
- (7) § 14 gilt hier entsprechend.

§ 27 (weggefallen)

§ 28 (weggefallen)

§ 29 Fachgruppen

- (1) Fachgruppen unterteilen Fachschaften oder vereinen Teile verschiedener Fachschaften.
- (2) Die Bildung einer Fachgruppe ist nicht möglich, wenn ihre Zusammensetzung identisch mit einer bestehenden Fachschaft ist.
- (3) Sofern eine neue Fachgruppe gegründet wird, ist mit der Gründung eine neue Person zu benennen, welche für die Organisation der Fachratswahl gem. § 32 Abs. 3 verantwortlich ist.

§ 29a Abgrenzung der Fachgruppen

- (1) Die Zuordnung von Studierenden zu Fachgruppen erfolgt nach den in der Studierendenstatistik aufgeführten Abschlussarten der Studiengänge.
- (2) Eine Abschlussart eines Studiengangs wird genau einer Fachgruppe zugeordnet.
- (3) Der Fachschaftsrat beschließt über die Einrichtung und Änderung fachschaftsinterner Fachgruppen.
- (4) Der Studentische Rat beschließt über die Einrichtung und Änderung fachschaftsübergreifender Fachgruppen.

§ 30 (weggefallen)**§ 31 Fachgruppenvollversammlung**

- (1) Die Fachgruppenvollversammlung ist die Vollversammlung der Studierenden einer Fachgruppe.
- (2) Die Fachgruppenvollversammlung muss unverzüglich einberufen werden:
 - a. auf Antrag eines Drittels der Mitglieder des Fachrates oder
 - b. auf schriftlichen Antrag von 3 % der Studierenden der Fachgruppe.
- (3) Zur Fachgruppenvollversammlung ist mit einer Frist von 7 Tagen unter Angabe der vorläufigen Tagesordnung einzuberufen. Der Termin wird in geeigneter Weise ortsüblich bekannt gemacht.

§ 32 Fachrat

- (1) Der Fachrat ist die ständige Vertretung der Studierenden einer Fachgruppe.
- (2) Die Konstitution eines Fachrates bedarf einer Fachratswahl und der Bestätigung der Fachgruppe durch einen Fachschaftsrat oder den StuRa gemäß § 29a. Bei der Fachratswahl werden Finanzverantwortliche gemäß der Finanzordnung gewählt.
- (3) Die Fachratswahl wird analog einer Fachgruppenvollversammlung gemäß § 31 durchgeführt.

Abschnitt 7**Haushalt****§ 33 Vermögen**

- (1) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben verfügt die Studierendenschaft über ein eigenes Vermögen, über das der AStA nach Maßgabe des vom StuRa beschlossenen Haushaltsplans verfügt.
- (2) Für Verbindlichkeiten der Studierendenschaft haftet nur deren Vermögen.
- (3) Teil dieses Vermögens sind die Mittel, die aus den Beiträgen der Mitglieder der Studierendenschaft sowie aus anderen Einnahmen bestehen.
- (4) Die Höhe der Beiträge, die die Studierendenschaft von ihren Mitgliedern erhebt, wird vom StuRa beschlossen. Näheres regelt die Beitragsordnung.

§ 34 Haushaltsplan

- (1) Über die Verwendung des Vermögens der Studierendenschaft entscheidet der StuRa in einem Haushaltsplan. Verpflichtungen der Studierendenschaft über ein Haushaltsjahr hinaus bedürfen der Zwei-Drittel-Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder. Die Verwendung des Vermögens erfolgt nach den Grundsätzen der Landeshaushaltsordnung.
- (2) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben werden den Fachschaften und Fachgruppen im Rahmen des Gesamthaushalts Sockelbeträge sowie Zuschläge je der Fachschaft/Fachgruppe zugehörigen Studierenden für Geschäftskosten zugewiesen. Über die Zuweisung weiterer Mittel entscheidet der StuRa.

§ 35 Haushaltsausschuss

- (1) Der StuRa bildet zur Vorbereitung seiner Beschlüsse über den Haushaltsplan und über die Entlastung des AStA, sowie zu einer näheren Unterrichtung über den Haushaltsvollzug einen Haushaltsausschuss, der aus 7 Mitgliedern des StuRa besteht. Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens 4 Mitglieder anwesend sind.
- (2) Die Ausschussmitglieder werden vom StuRa in seiner konstituierenden Sitzung für die Dauer seiner Wahlperiode gewählt und dürfen nicht dem AStA angehören.
- (3) Es wird nach den Grundsätzen der mit der Personenwahl verbundenen Listenwahl gewählt. Bei Vergabe der Sitze richtet sich die Reihenfolge der BewerberInnen auf ihrer Liste nach der Zahl der auf sie entfallenen Stimmen. Einzelwahlvorschläge sind zulässig. Nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl wird gewählt, wenn:
 - a. nur Einzelwahlvorschläge vorliegen,
 - b. nur ein Listenwahlvorschlag vorliegt oder
 - c. nur ein Mitglied zu wählen ist.
- (4) Auf Antrag von 2 Mitgliedern des Ausschusses ist dieser unverzüglich einzuberufen. Bei Beschlussunfähigkeit wird zur Behandlung der nicht erledigten Tagesordnungspunkte eine 2. Sitzung des Ausschusses einberufen, die ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig ist. Bei der Einladung ist auf die geänderte Beschlussfähigkeit hinzuweisen.
- (5) Den Mitgliedern des Haushaltsausschusses ist jederzeit Auskunft über die Haushaltsführung und Einsicht in die Haushaltsunterlagen zu geben.
- (6) Empfehlungen des Ausschusses sind unverzüglich hochschulöffentlich bekanntzugeben; dasselbe gilt für Minderheitenvorschläge, wenn mindestens 2 Mitglieder des Ausschusses die Bekanntgabe verlangen.
- (7) Ein Mitglied des Haushaltsausschusses scheidet aus:
 - a. bei Verlust des Studierendenstatus,
 - b. durch Rücktritt, der dem StuRa schriftlich mitzuteilen ist,
 - c. durch Ausscheiden aus dem StuRa oder
 - d. durch Abwahl durch den StuRa.

Der StuRa wählt im Falle eines Ausscheidens ein neues Mitglied nach.

- (8) Die Abwahl eines Mitglieds bedarf der Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder des StuRa.

Abschnitt 8

Schlussbestimmungen

§ 36 Satzungsänderungen

Beschlüsse, die eine Satzungsänderung zum Gegenstand haben, bedürfen der Zwei-Drittel-Mehrheit aller stimmberechtigten Mitglieder des StuRa. Dieser Paragraph darf nicht Gegenstand einer Satzungsänderung sein.

§ 36a Ergänzungen zur Änderung

- (1) Satzungsänderungen müssen bei mindestens 2 aufeinander folgenden Sitzungen auf der vorläufigen Tagesordnung angekündigt sein und in der Sitzung behandelt werden. Eine Abstimmung über die Änderungen erfolgt frühestens in der 2. Sitzung.
- (2) Die Änderung von Ordnungen bedarf der Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder des StuRa.
- (3) Abweichend von Abs. 2 sind Änderungen des § 3 Abs. 2 und 3 der Beitragsordnung mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder zu beschließen.

§ 37 (weggefallen)**§ 38 Inkrafttreten**

Alle Änderungen treten für die Amtsperiode 2011/2012 in Kraft und sind in den Vorbereitungen entsprechend zu berücksichtigen.